©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

HANNS JÜRGEN KÜSTERS

WIEDERVEREINIGUNG DURCH KONFÖDERATION?

Die informellen Unterredungen zwischen Bundesminister Fritz Schäffer, NVA-General Vincenz Müller und Sowjetbotschafter Georgij Maksimowitsch Puschkin 1955/56

Sie klang sensationell, die gezielte Indiskretion des Ersten ZK-Sekretärs der SED, Walter Ulbricht, am 18. Oktober 1958 während der Tagung des Nationalrats der nationalen Front des demokratischen Deutschland[1]. Auf die Frage, ob die von der DDR vorgeschlagene Konföderation als Übergang zur Wiedervereinigung oder als endgültige Lösung gedacht sei[2], antwortete Ulbricht: Es hätten bereits Gespräche von DDR-Vertretern mit einem „namhaften Mitglied der Bonner Regierung" stattgefunden, „wie man zur Wiedervereinigung kommen kann. Der betreffende Herr warf die Frage der Konföderation in die Diskussion". Das sei kein „echter ‚marxistisch-leninistischer' Vorschlag" gewesen: „Die Anregung kam aus der Bonner Küche." Dieser Hinweis entpuppte sich schon bald als Politikum ersten Ranges.

Rätselraten allenthalben. Hatte die Bundesregierung selbst gegen den unabdingbaren Grundsatz westdeutscher Demokraten, mit dem Unrechtsregime in Pankow keine Verbindung aufzunehmen, verstoßen und die Öffentlichkeit düpiert? Betrieb Adenauer, der die westlichen Verbündeten schon wegen unbedeutender Kontakte zu Ost-Berlin tadelte, gar ein Doppelspiel? Wie glaubwürdig war seine Deutschlandpolitik noch in Anbetracht der seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Moskau im Jahre 1955 verkündeten Hallstein-Doktrin, mit der die Bundesrepublik den „zweiten" deutschen Staat international zu isolieren trachtete?

---

[1] Wortlaut der Rede in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe/Bd. 4, 1. Januar 1958 bis 9. November 1958, Dritter Drittelbd. (1. 8.–7. 11. 1958), bearb. von Ernst Deuerlein/Gisela Biewer, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Frankfurt/Main-Berlin 1969, S. 1808–1816, hier S. 1814.

[2] Die Frage hatte Professor Dr. Walter Hagemann (1900–1964), 1946–1959 Direktor des Instituts für Publizistik an der Universität Münster, gestellt. Wortlaut der Rede in: „Neues Deutschland" vom 21. 10. 1958. Wegen parteischädigenden Verhaltens war er am 21. 4. 1958 aus der CDU ausgeschlossen worden, 1961 in die DDR übergesiedelt, dann Lehrstuhlinhaber an der Humboldt-Universität, Ost-Berlin.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

I.

Als die ADN-Mitteilung vom 20. Oktober 1958 am nächsten Morgen im Nachrichtenspiegel I des Presse- und Informationsamtes erschien[3], reagierte Bundeskanzler Adenauer sofort. In einem Rundschreiben forderte er alle Ressorts auf, bis 16.00 Uhr des gleichen Tages eine umgehende Antwort zu geben, ob der Minister mit dem von Ulbricht genannten „Mitglied der Bonner Regierung" gemeint sein könnte. Für die Öffentlichkeit kam nur allmählich, Schritt für Schritt, und auf massiven propagandistischen Druck der DDR-Führung etwas Licht in das Dunkel dieser Angelegenheit. Die erste amtliche Reaktion in Bonn fiel kurz und bündig aus. Noch am gleichen Tag verlautete: „Das Bundeskabinett stellt fest, daß kein Bundesminister Gespräche oder gar Verhandlungen mit Vertretern des Sowjetzonenregimes geführt hat."[4] Ulbricht aber ließ nicht locker. Am 24. Oktober 1958 forderte er den betreffenden Minister der Bonner Regierung auf, Mut zu zeigen und die Wahrheit zu sagen, da ihm das Schweigen doch nichts nütze[5]. Das Kabinett beriet erneut, behielt aber die bezogene Position zunächst bei[6]. Zwischenzeitlich kam Ernst Lemmer, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, in Verdacht[7]. Er hatte sich bereits im Jahre 1951, damals noch Chefredakteur des „Kurier" (West-Berlin), mit dem stellvertretenden DDR-Ministerpräsidenten, Otto Nuschke, und DDR-Außenminister Georg Dertinger in Ost-Berlin getroffen[8]. Lemmer wies darauf hin, allein aus der Zeitangabe sei zu erkennen, daß er die Besprechungen nicht geführt haben könne[9].

In der Bundeshauptstadt hielt das Schweigen an, bis Ulbricht am 11. November 1958 noch deutlicher wurde[10]. Er nannte die konkreten Gesprächsdaten – 20. Oktober 1956 Begegnung in Ost-Berlin, 17. Juli 1957 in Bonn – und behauptete, man habe sich darüber unterhalten, bei der Wiedervereinigung keine Gewalt anzuwenden. Gesprochen worden sei über die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems, den Austritt der Bun-

---

[3] Nachrichtenspiegel I vom 21. 10. 1958, S. 1 ff., in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn (BPA).

[4] Vgl. „Bonn: Kein Kontakt mit der SED", in: „Die Welt" vom 22. 10. 1958.

[5] Wortlaut des Interviews von Ulbricht für die „Berliner Zeitung" vom 24. 10. 1958, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe/Bd. 4, Dritter Drittelbd., S. 1827 ff., hier S. 1827.

[6] Stellungnahme des stellvertretenden Sprechers der Bundesregierung, Werner Krueger, auf einer Pressekonferenz in Bonn am 22. 10. 1958, in: BPA, Pressearchiv, F 30.

[7] Am 26. 10. 1958 hatte Lemmer gegenüber Schweizer Journalisten solche Spekulationen zurückgewiesen. Vgl. „Lemmer gegen Ulbrichts Behauptung", in: „Die Welt" vom 27. 10. 1958; abgedruckt in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe/Bd. 4, Dritter Drittelbd., S. 1831.

[8] Michael Richter, Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, Düsseldorf 1990, S. 347. Unerwähnt blieb Lemmers Gespräch mit Nuschke auf dem Evangelischen Kirchentag in Leipzig im Jahre 1954. Vgl. „Der Bundeskanzler hatte Schäffer gewarnt", in: „Frankfurter Allgemeine" vom 17. 11. 1958.

[9] Meldung von dpa Berlin an dpa Hamburg vom 11. 11. 1958, in: Bundesarchiv, Koblenz (BA), Nachlaß (NL) Fritz Schäffer 168/43, Blatt 31.

[10] Vgl. „SED-Sekretär Ulbricht ist hartnäckig", in: „Die Welt"; „Ulbricht: Bonner Minister erschien 1956", in: „Frankfurter Allgemeine", beide vom 12. 11. 1958.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

desrepublik aus der NATO und der DDR aus dem Warschauer Pakt sowie die Abschaffung der Wehrpflicht in Westdeutschland. Auch die Bildung einer Konföderation sei erörtert worden, wobei der „CDU/CSU-Minister" die Entwicklung mit den Benelux-Staaten verglichen habe. Erneut forderte Ulbricht den Betreffenden auf, sich zur Sache zu äußern. Unverhüllt drohte er, sollte dies nicht geschehen, dann würden die Ost-Berliner Teilnehmer darüber Mitteilung machen.

Recherchen erbrachten unter dem Datum des 20. Oktober 1956 eine Notiz im West-Berliner „Abend" über den Besuch des damaligen Finanzministers, Fritz Schäffer, in der Stadt[11]. Die Bundesregierung saß in der Klemme, mußte endlich reagieren. Adenauer drängte Schäffer am 11. November 1958, nun Farbe zu bekennen[12]. Gemeinsam mit seinem Freund Strauß entwarf Justizminister Schäffer eine Presseerklärung, die am nächsten Tag, vom Kabinett in leicht korrigierter Form gebilligt, veröffentlicht wurde[13].

Schäffer gab zu, „anläßlich einer Dienstreise" an jenem Herbsttag in Berlin gewesen zu sein. Falsch sei, daß er „dabei eine Besprechung mit Vertretern der sowjetzonalen Behörden – gleichgültig über welches Thema – geführt habe. Eine Anregung, mit einem der sowjetzonalen Machthaber zu sprechen", sei von ihm „rundweg abgelehnt" worden. Aufgrund einer vertraulichen Mitteilung habe er sich „ausführlich mit dem damaligen sowjetischen Botschafter[14] in Ostberlin über die Frage unterhalten, ob die Sowjetunion bereit sei, für die Wiedervereinigung Deutschlands einem Verfahren zuzustimmen, das zuerst allgemeine politische Betätigungsfreiheit wiederherstellt und dann in ganz Deutschland allgemeine, freie Wahlen für die Bildung einer gemeinsamen deutschen Nationalversammlung vorsieht". Das Gespräch sei „leider ergebnislos" geblieben. Und dann der entscheidende Satz: „Über den Gedanken einer Konföderation ist überhaupt nicht gesprochen worden." Am 13. Juli 1957 habe ihn in Bonn ein Mitglied der Volkskammer – der Name war Schäffer entfallen[15] – besucht und die Anregung zu einem Gespräch in Berlin wiederholt. Doch habe er abgelehnt, weil er „den sowjetzonalen Behörden Vorschläge nicht zu machen hätte". Als Grund für die Wahrnehmung des Gesprächs mit Puschkin führte Schäffer seine Gewissensverpflichtung an. „Die lügenhafte Entstellung dieser Vorgänge durch Herrn Ulbricht" beweise, daß die „Machthaber der Sowjetzone jede echte Verhandlung über die Wiederherstellung der deutschen Einheit sabotieren".

---

[11] Die Meldung war zustande gekommen, weil zufällig ein Mitglied der Redaktion dasselbe Flugzeug, aus Bonn kommend, benutzt hatte. Vgl. „Ulbricht: Bonner Minister erschien 1956", in: „Frankfurter Allgemeine" vom 12. 11. 1958.

[12] Schreiben Schäffer an Adenauer vom 12. 11. 1958, in: BA, NL Schäffer 168/43, Blatt 29.

[13] Endgültige vom Kabinett in der Sitzung am 12. 11. 1958 gebilligte Fassung, in: Ebenda, Blatt 30. Wortlaut der Erklärung in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 211 vom 13. 11. 1958, S. 2093; abgedruckt in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 1, 10. November 1958 bis 9. Mai 1959, Erster Halbbd. (10. 11. 1958–31. 1. 1959), bearb. von Ernst Deuerlein/Hannelore Nathan, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt/Main–Berlin 1971, S. 40f.

[14] Georgij Maksimowitsch Puschkin (*1909), 1954–1955 Hochkommissar der UdSSR in Deutschland, 1955–1958 Botschafter in der DDR.

[15] Gemeint: Professor Dr. Otto Rühle. Vgl. Anm. 24.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zwei Tage später, am 14. November 1958, behauptete der NVA-General Vincenz Müller in einem Interview mit der „Berliner Zeitung"[16], mit Schäffer in den Jahren 1955 und 1956 in Verhandlungen gestanden zu haben. War anfangs das beharrliche Leugnen dem Ansehen der Bundesregierung schon abträglich gewesen, so hatte Ulbricht es geschafft, Bonn eine Affäre zu bescheren, denn Pankows Mann war nicht bloß als Vermittler einer Unterredung mit dem Sowjetbotschafter, sondern offensichtlich auch als Gesprächspartner in Erscheinung getreten. Statt in die Offensive zu gehen und den Fehlschlag dieser diskreten Verhandlungsmission als Beweis für die Verhandlungsunwilligkeit der anderen Seite herauszustellen, konnte sich die Bundesregierung wegen des langen Schweigens nur noch auf peinliche Rückzugsgefechte verlegen.

Müller hatte gleichzeitig in einem persönlichen Schreiben vom 13. November 1958 Schäffer aufgefordert, zur Aufklärung der entstandenen Lage beizutragen (Dokument 6). Das Ergebnis der seinerzeitigen Besprechungen sei doch gewesen, weitere „Gespräche durch beauftragte Regierungsvertreter" zu führen in der Absicht, „die Kontakte in der Frage der Wiedervereinigung enger zu gestalten und wenigstens erste praktische Folgerungen zu erreichen". Schäffer werde hoffentlich „auch weiterhin für die Konföderation als den entscheidenden Schritt für die Wiedervereinigung eintreten". Doch gelte es jetzt, „die volle Wahrheit darüber, wie es wirklich war, zu sagen".

Müllers Interview bezweckte wohl in erster Linie, die Richtigkeit der Behauptung Ulbrichts zu unterstreichen, der von der Bundesregierung so vehement abgelehnte Konföderationsvorschlag entstamme dem Umfeld der Bundesregierung. Der Gedanke sei von dem Bonner Minister, von dem auch die Initiative zur Unterredung ausgegangen sein soll, vorgebracht worden. „Der beste Weg zur Wiedervereinigung" sei, nach Schäffers Ansicht, „das föderalistische Prinzip". Dabei hätte er das Beispiel der Benelux-Staaten im Auge gehabt. „Diese Staaten kümmern sich innenpolitisch nicht umeinander, aber wirtschaftlich arbeiten sie zusammen." Schäffer habe die Meinung vertreten, „man müsse beiderseits nach einem Weg zur Wiedervereinigung ohne Gewaltanwendung suchen", und habe „in diesem Zusammenhang die Frage eines Ausscheidens aus den Machtblöcken" angesprochen. Dabei sei von ihm „eine Begrenzung der Streitkräfte entsprechend der Bevölkerungszahl Deutschlands" erwogen worden. Für die Bundesrepublik, habe Schäffer erklärt, wäre nur „die friedliche Ausnützung der Atomenergie, jedoch keineswegs die Atomwaffen von Interesse". Sodann habe er vorgeschlagen, „eine Art Programm für die Wiedervereinigung vorzubereiten, in dem die Wirtschaftsfragen, die Fragen des Personenverkehrs und die Kulturfragen festgelegt sind. Dafür sollen Termine festgesetzt werden, damit ein solches Programm bis Juli 1957, also noch vor den Bundestagswahlen, veröffentlicht werden kann." Der Minister habe direkte Gespräche „mit einem Mitglied der Regierung der DDR" angeregt. Weitere Besprechungen seien vereinbart worden. Dazu habe Müller Schäffer „einen beauftragten Vertreter vorgestellt". Auf die Frage, ob Schäffer „das alles auf eigene Kappe" machte, antwortete Mül-

[16] Wortlaut in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 1, Erster Halbbd., S. 79 ff. Das Interview wurde am selben Tag morgens vom Deutschen Rundfunk in Ost-Berlin ausgestrahlt. Wortlaut in: BPA, Pressearchiv, Biographisches Archiv, Vincenz Müller, 15. 11. 1958.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ler, Schäffer hätte ihm gesagt: „Selbstverständlich habe ich den ‚Alten' (Adenauer) informiert. Solche Sachen kann ich nur mit dem Kanzler und mit Strauß besprechen. Ich mußte den Alten bitten, nur wenige Personen ins Vertrauen zu ziehen." Schließlich setzte Müller, das Verhalten Schäffers rechtfertigend, hinzu: „Und ich sah in den Bemühungen von Herrn Dr. Schäffer eine Sache, die für Deutschland sehr nützlich werden konnte."

Der so Angesprochene war nun am Zuge, seine Sicht der Vorgänge darzulegen, zumal in der Öffentlichkeit bereits der Verdacht des Landesverrats aufkeimte[17]. Am gleichen Abend verteidigte Schäffer auf einer CSU-Versammlung in Passau[18] seinen Besuch in Ost-Berlin erneut als Gewissensentscheidung und suchte sich gewissermaßen als Märtyrer hinzustellen. „Die deutsche Einheit in Frieden, ohne Blutvergießen, in völliger Freiheit zu gewinnen", dafür müsse man zu Opfern bereit sein. „Aus dieser Überzeugung heraus habe ich gehandelt und werde ich immer handeln!" Schäffer ging noch weiter, erwähnte, bereits im Jahre 1955 in Kontakt mit dem NVA-General gestanden zu haben. Dieser habe ihm, im Falle eines Besuchs in Ost-Berlin, Gelegenheit zu einem Gespräch mit Puschkin zugesagt. Da 1955 noch die Chance bestanden hätte, „daß Rußland selber eine endgültige Lösung für Deutschland suche und bereit sein könnte, Deutschlands Wunsch nach Einheit zu erfüllen", hätte er keine Möglichkeit gesehen, „ein solches Angebot (. . .) aus Angst abzulehnen". Seine Rechtfertigung zielte durchaus geschickt auf die Standardkritik an der Adenauerschen Deutschlandpolitik ab, nämlich in der Vergangenheit nicht alle Chancen zur Wiedervereinigung wahrgenommen zu haben.

Das vorgesehene Gespräch mit Puschkin sei jedoch nicht zustande gekommen. Hingegen habe er am 20. Oktober 1956 eine ausführliche Unterredung mit dem Sowjetbotschafter über die Möglichkeit der Wiedervereinigung geführt und gefordert, „in der Ostzone müßten freie Rede und Agitationsmöglichkeit zugelassen werden, denn: ‚wir sind unserer Sache so sicher, daß wir der Ostzone die freie Agitationsmöglichkeit bei uns gestatten könnten!' Dann, etwa nach einem Jahr freier Agitation, müßte in allgemeiner, freier und geheimer Wahl eine deutsche Nationalversammlung gewählt werden, die die Verfassung und die Gesetze schaffen und später, je nach der Verfassung, eine gemeinsame deutsche Regierung bilden werde." Auf die heikle Frage nach der Zukunft des Kapitalismus in Deutschland sei er erst gar nicht eingegangen. Seine Antwort: „‚Die innere Regelung ist allein Sache des deutschen Parlaments, ohne Zwang, ohne Bedingungen. Das deutsche Volk will sein Schicksal frei und selbständig gestalten!' Der Botschafter habe ihm zugesagt, seine Vorschläge nach Moskau zu übermitteln." Nach einiger Zeit sei

[17] Schäffer hatte sich verschiedentlich für die Einführung der Todesstrafe gegen Landesverräter im Krisenfall ausgesprochen. Mit ihrem eigenen Vorgehen, so die Kritik, werde die Regierungspolitik unglaubwürdig. Vgl. „Schäffer beendet Rätselraten über Ulbrichts Andeutungen", in: „Stuttgarter Zeitung" vom 13. 11. 1958. „Minister Schäffer in Bedrängnis", in: „Frankfurter Rundschau" vom 15. 11. 1958.

[18] Wortlaut des Berichts der „Passauer Neuen Presse", 15./16. 11. 1958, abgedruckt in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 1, Erster Halbbd., S. 69 ff.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ein Bote mit der negativen Antwort aus Moskau gekommen, über die er auch – wie nach der Unterredung – den Bundeskanzler unterrichtet habe. Die im Gespräch vereinbarte Vertraulichkeit habe Schäffer nicht brechen wollen.

Damit schloß sich für Schäffer die Argumentationskette. Der Beweis war erbracht, auch geheim war mit Ost-Berlin nicht zu verhandeln. Mit Recht konnte er darauf verweisen, daß Verhandlungen nur zweckvoll sind, wenn sie vertraulich geführt werden und zuvor Sondierungen erfolgen. Schließlich versuchte Schäffer dem Eindruck entgegenzutreten, er könnte der eigentliche Urheber des von Ost-Berlin propagierten Konföderationsvorschlags sein, der den Kritikern der Regierung Adenauer Auftrieb gegeben hatte. Schäffer führte den Zeitpunkt an: „Auf den Gedanken einer ‚Konföderation' seien die Leute in der Zone erst fast ein Jahr später gekommen."

Nachdem Roß und Reiter bekannt waren, ging die DDR-Führung nun daran, die *Affäre Schäffer* vollends propagandistisch auszuschlachten[19]. Am 19. November 1958 strahlte der Deutsche Fernsehfunk in einer angeblichen Live-Sendung ein weiteres Interview mit Müller[20] aus, von dem westliche Beobachter wohl zurecht annahmen, daß es sich um eine schlecht zusammengeschnittene Aufzeichnung in der Art eines Verhörs handelte, in dem der Befragte gezwungen wurde, „die Richtigkeit der Behauptung Ulbrichts zu bestätigen"[21]. Der spätere DDR-Geheimdienstchef, Markus Wolf, bestätigt indirekt diesen Vorgang, der jedoch mit seinen „Vorstellungen über die Einhaltung vereinbarter Vertraulichkeit keineswegs" übereingestimmt habe[22]. Viel Neues kam bei dem Interview über den Inhalt des Gesprächs mit Schäffer nicht zu Tage. Müller hatte damals angeblich den Eindruck gewonnen, Schäffer wolle „auf einen Kompromiß hinaus". Ihm passe nicht, daß „in der Bundesrepublik die großen Konzerne in der Politik allein den Ton angeben". Die Interessen des Mittelstandes müßten mehr Berücksichtigung finden. Der General polemisierte dann gegen Adenauer und die Aufrüstung der Bundeswehr, obschon er mit Schäffer „selbstverständlich nicht über die militärischen Fragen gesprochen habe, aber die Gefahr eines neuen Krieges stand im Hintergrund unserer ganzen Aussprache". Mit „tiefer Ergriffenheit" habe Schäffer ihm vom Tod des einzigen Sohnes im Zweiten Weltkrieg berichtet und gesagt: „(. . .) darum will ich für die Zukunft verhindern, daß noch einmal Millionen von Familien von solch einem Unglück getroffen werden". Müller bezeichnete die Unterredung nunmehr als „Verhandlung" mit dem Minister, denn beide wären sich ihrer dienstlichen Stellung bewußt gewesen, und er habe vor dem Eintreffen Schäffers „selbstverständlich mit der zuständigen Stelle" der Republik darüber gesprochen und über das Ergebnis berichtet. Schäffer sei überdies „bereit gewesen, mit jedem zu verhandeln, ob es ein Christ, ein Kommunist oder ein Mann" seiner politischen Auffassung wäre[23].

Den Schlußpunkt dieser Interview-Kampagne bildeten am 24. November 1958 die

---

[19] Vgl. „Riesenblamage für Adenauer", in: „Neues Deutschland" vom 14. 11. 1958.
[20] Wortlaut in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 1, Erster Halbbd., S. 97–102.
[21] Vgl. „Fernseh-Interview oder Verhör?", in: „Die Welt" vom 21. 11. 1958.
[22] Markus Wolf, Im eigenen Auftrag. Bekenntnisse und Einsichten, München 1991, S. 152.
[23] Wie Anm. 20, S. 98–102.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ausführungen des in der westdeutschen Öffentlichkeit weithin unbekannten Professors Otto Rühle[24]. Er gab an, während der Besprechung in der Wohnung von Müller Schäffer als Beauftragter der DDR für die Verhandlungen vorgestellt worden zu sein. Dieser habe ihm vorgeschlagen, sich im Finanzministerium in Bonn als Dr. Rühle aus Stuttgart vorzustellen. Am 13. März 1957 – und nicht, wie bis dahin verlautete, am 13. Juli 1957; inwieweit eine bewußte oder unbewußte Änderung des Datums erfolgte, ist unklar – sei er zu einer anderthalbstündigen Besprechung nach Bonn gekommen[25]. Seinem Auftrage entsprechend, so Rühle, habe er drei Aspekte dargelegt: (1) eine Gewaltsverzichtserklärung der beiden Regierungen zu verabschieden, die Wiedervereinigung auf friedlichem Wege herbeizuführen, (2) ein europäisches Sicherheitssystem zu schaffen mit einer begrenzten Rüstungszone, Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und der DDR aus dem Warschauer Pakt, Abschaffung der westdeutschen Wehrpflicht, sowie (3) als ersten Schritt zur Wiedervereinigung eine Konföderation der beiden deutschen Staaten zu bilden.

Schäffer habe den Vorschlag des Gewaltverzichts für lösbar gehalten, was natürlich die De-facto-Anerkennung der DDR bedeutet hätte. Er „ließ dabei offen", so Rühle, „ob er sich dafür einsetzen würde". Zu dem zweiten Punkt soll Schäffer geäußert haben, „daß man doch von der Bundesregierung aus immer für eine Neutralisierung Deutschlands gewesen sei und daß im Falle einer Wiedervereinigung Deutschlands die Bundesrepublik ausdrücklich bündnis- und vertragsfrei werden würde". In der Frage des Austritts aus der NATO soll Schäffer sich nicht festgelegt, sondern bemerkt haben, „daß übrigens die NATO reinen Verteidigungscharakter trage". Schäffer habe eine Garantie der Sowjetunion und der Westmächte gefordert, ihre jeweiligen Truppen von der Zonengrenze um 500 Kilometer abzuziehen mit Ausnahme von bewaffneten Streitkräften nichtdeutscher Staaten wie Dänemark, Norwegen und Polen. Die Details sollten aber den Militärexperten überlassen werden. In der Frage der Konföderation sei Schäffer wieder auf die bisherige deutschlandpolitische Linie der Bundesregierung eingeschwenkt. Maßnahmen, die zur Vorbereitung der Wiedervereinigung notwendig seien, könnten bis zur Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen auch ohne Konföderation getroffen werden. Zu Kompromissen müßte es im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, bei Verkehrsfragen und in den Kulturbeziehungen kommen. Rühle gewann angeblich den Eindruck, Schäffer habe „strenge Anweisung von Adenauer, daß er das Wort Konföderation nicht gebrauchen solle". Der Bundesminister soll vorgeschlagen haben, zwischen den beiden deutschen Staaten einen Vertrag abzuschließen, „in dem gemeinsame Maßnahmen zur Vorbereitung der Wiedervereinigung und der Termin für allgemeine Wahlen festgelegt werden". Anschließend wären „Verhandlungen mit den Vier Mächten über den Abzug der ausländischen Truppen aus Deutschland" zu führen. Zwei Jahre nach Vertragsabschluß solle die

[24] Professor Dr. Otto Rühle (1914–1969), 1950–1969 Volkskammer-Abgeordneter der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD), 1963–1969 Direktor des Rubenow-Instituts für Bildungsforschung, Greifswald.

[25] Im Nachlaß Schäffer (Bundesarchiv, Koblenz) und nach Auskunft der VS-Registratur des Bundesministeriums der Finanzen war eine Aufzeichnung über dieses Gespräch nicht zu ermitteln.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nationalversammlung zusammentreten. Über die Atomrüstung wurde Rühle zufolge nicht gesprochen. Als er darauf hinwies, daß der Truppenabzug vor den allgemeinen Wahlen stattfinden müsse, habe Schäffer entgegnet: „Meinetwegen auch vor den Wahlen". Der Minister habe ihn gebeten, bei der DDR-Regierung „festzustellen, zu welchen Terminen ein solcher Vertrag abgeschlossen und ein solcher Plan der Wiedervereinigung verwirklicht werden könne". Zugleich habe Schäffer im Falle des positiven Verlaufs der Gespräche mit Rühle in Aussicht gestellt, weitere Beratungen mit Grotewohl „oder einem anderen Regierungsmitglied in Berlin zu führen".

Schon damals, wenige Tage vor dem Berlin-Ultimatum Chruschtschows am 27. November 1958[26], konnte sich kaum jemand ein rechtes Bild davon machen, was wirklich hinter „Schäffers Patrouillenritt nach Pankow"[27] steckte. Die widersprüchlichen Äußerungen sorgten für genügend Spekulationsstoff. In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion machte sich helle Empörung über den Alleingang des Ministers breit[28], den Adenauer bei der Kabinettsbildung im Herbst 1957 ins Justizministerium abgeschoben hatte. SPD- und FDP-Opposition, die gemeinhin engen Kontakten mit dem Osten das Wort redeten, hätte der *Fall Schäffer* eigentlich Wasser auf die Mühlen sein müssen. Forderten sie doch schon seit geraumer Zeit, die Bundesregierung solle endlich von ihrer Isolierungsstrategie abrücken und die DDR als Realität anerkennen[29]. Doch nichts dergleichen geschah. Die Opposition konnte und wollte schlechterdings nicht eine Regierungspolitik verteufeln, die sie selbst propagierte. Nebulöse Formulierungen mußten herhalten. „‚Diese Gespräche' seien in ‚dubioser und konspirativer Form behandelt' worden", kritisierte SPD-Pressesprecher Barsig[30], während Fritz Erler von „laienhaftem Vorgehen" des Ministers sprach[31]. SPD-Chef Ollenhauer wollte ihm keinen Vorwurf machen, und Herbert Wehner bezeichnete Ulbrichts Attacke sogar als „widerliche Denunziation"[32].

Die westdeutsche Presse reagierte in schärferen Tönen. Selbst der von Adenauer geschätzte und ihm wohlgesonnene Bonner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung", Fred Luchsinger, sah „zweifellos einen der härtesten Schläge gegen die These, daß Bonn sich unter keinen Umständen mit Pankow einlassen dürfe, wenn es sich nicht selbst isolieren wolle", und behauptete, „die Bonner Regierung hat diesen Schlag selber geführt oder zumindest zugelassen"[33].

Adenauer zog sich elegant aus der Affäre und schaffte es, auch Schäffer aus der Schuß-

---

[26] Wortlaut in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 1, Erster Halbbd., S. 151–201.

[27] Schlagzeile eines Artikels von Theodor Eschenburg in: „Die Zeit" vom 21. 11. 1958.

[28] Vgl. „Bonn über Gespräch Schäffer mit Zonen-General verblüfft", in: „Die Welt" vom 15. 11. 1958.

[29] Wolfgang Schollwer, Liberale Opposition gegen Adenauer. Aufzeichnungen 1957–1961, hrsg. von Monika Faßbender, München 1990, S. 60 f.

[30] Vgl. „Kritik an Schäffer", in: „Die Welt" vom 14. 11. 1958. „Anders als in Tuntenhausen", in: „Der Spiegel" vom 26. 11. 1958, S. 14.

[31] Vgl. „Schäffer äußert sich über sein Gespräch", in: „Stuttgarter Zeitung" vom 17. 11. 1958.

[32] Vgl. „Schäffers Alleingang", in: „Frankfurter Allgemeine" vom 14. 11. 1958.

[33] F[red] L[uchsinger], „Die Folgen der Initiative Schäffers", in: „Neue Zürcher Zeitung" vom 18. 11. 1958.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

linie der Medien zu bringen. In einer Rede vor dem Verein Union-Presse am 16. November 1958 in Bad Godesberg distanzierte er sich öffentlich von den Eskapaden seines Kabinettsmitglieds, gab jedoch die notwendige politische Rückendeckung. Schließlich ging es in seinen Augen nicht an, daß Ulbricht mit seinen Behauptungen Mitglieder der Bundesregierung stürzt. Abgeraten habe er Schäffer von dem Gespräch, betonte der Kanzler, da sowieso wenig Aussicht auf Erfolg bestanden hätte[34]. Noch heute glaube er, Adenauer, daß Schäffer aus Gewissensgründen handelte. Die Veröffentlichung des Gesprächs sei eine gezielte SED-Kampagne, um die Bundesregierung bei ihren westlichen Verbündeten in Mißkredit zu bringen und den innenpolitischen Gegnern den Rücken zu stärken. Gekonnt parierte er die Forderungen nach Rücktritt des Ministers: „Ich glaube auf jeden Fall Schäffer mehr als dem SED-Chef Ulbricht."[35] Verständlich, daß Schäffer sich nun beeilte, überall zu erklären, mit der Stellungnahme Adenauers sei für ihn die Sache erledigt[36]. Adenauer erzählte am 27. November 1958 im CDU-Parteivorstand seine Version und mahnte, angesichts der „nicht erfolgreichen" Aktion, „weder für den einen noch für die anderen", doch über die Sache zu schweigen. Das war in der Tat „das Beste", was man tun konnte (Dokument 7).

Die für die Deutschlandpolitik sehr viel weiterreichenden Auswirkungen des sowjetischen Berlin-Ultimatums sorgten dafür, daß der Fall gegen Ende November 1958 rasch aus den Schlagzeilen verschwand. Die Hintergründe blieben ungeklärt und viele Fragen offen: (1) Wie, wann und aus welchen Gründen kam die Verbindung zwischen Schäffer und General Müller im Jahre 1955 zustande? (2) Warum scheiterte das erste Gespräch Schäffer-Puschkin im Juni 1955, und was haben beide zusammen mit Müller im Oktober 1956 besprochen? (3) Was beabsichtigte Müller? Was hatte Schäffer bewogen, den Kontaktangeboten nachzugehen? Was erwarteten sie wirklich? Wollten sie nur ein deutsch-deutsches oder auch ein deutsch-deutsch-sowjetisches Gespräch in Gang bringen? (4) Ab wann und inwieweit war Adenauer in die Vorgänge wirklich eingeweiht? Welche Haltung nahm er dazu ein, und welche Ergebnisse versprach er sich in Anbetracht der deutschlandpolitischen Verhandlungen der Vier Mächte? Waren die Westmächte von der Aktion informiert? (5) Warum hat Ulbricht gerade im Oktober 1958 – und nicht schon vorher – die Bundesregierung mit seiner Indiskretion unter Druck gesetzt? Hatte die DDR-Führung nunmehr die Realisierungschancen des Konföderationsmodells abgeschrieben? Oder wollte sie im Vorfeld des Berlin-Ultimatums die Bundesregierung mit ihren eigenen Waffen schlagen und deren Isolationsstrategie ad absurdum führen, wenn in der westdeutschen Öffentlichkeit bekannt würde, daß sie – entgegen allen bisherigen Bekundungen – schon selbst direkte Verhandlungen mit Ost-Berlin zur Herstellung der Wiedervereinigung geführt hatte? War das Ulbrichts Beitrag zum Berlin-Ultimatum Chrutschtschows? (6) Welchen Stellenwert haben die Gesprä-

[34] Adenauer wurde zitiert mit den Worten: „Ich habe ihn gewarnt, und auf mich konnte er sich nicht berufen". Vgl. „Adenauer und die Exkursion Schäffers", in: „Neue Zürcher Zeitung"; „Bundeskanzler billigte Schäffers Ostgespräche nicht", in: „Die Welt", beide vom 17. 11. 1958.

[35] Vgl. „Der Bundeskanzler hatte Schäffer gewarnt", in: „Frankfurter Allgemeine" vom 17. 11. 1958.

[36] Vgl. „‚Berlin-Angelegenheit ist für mich erledigt'", in: „Die Welt" vom 17. 11. 1958.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

che überhaupt gehabt? Gab es noch andere Kontakte und Verbindungen im vorhinein oder im Anschluß an die Unterredungen auf deutsch-deutschem Parkett? Am 24. November 1958 antwortete Ulbricht auf die Frage des „Daily Mail"-Korrespondenten, Robin Smyth, ob er, Ulbricht, „von *noch anderen vertraulichen Gesprächen* ähnlich denen, die zwischen Minister Schäffer und Herrn V. Müller geführt wurden", wisse, mit einem kurzen „Ja"[37]. Auf der Grundlage des gegenwärtig verfügbaren Quellenmaterials ist es zwar noch nicht möglich, alle Fragen aufzuklären. Dennoch lassen sich eine Reihe interessanter Erkenntnisse über die Behandlung der Deutschlandpolitik in Bonn und Ost-Berlin gewinnen.

II.

Die Lebenswege des Bundesministers und des Generals kreuzten sich schon in frühester Jugend. Fritz Schäffer, geboren 1888, entstammte einer Bauern- und Gastwirtsfamilie in Neuhausen bei Metten in Niederbayern, wo er auf das dortige humanistische Gymnasium ging und 1907 das Abitur ablegte[38]. Der 1894 geborene Vincenz Müller war aus einem streng katholischen, alteingesessenen Geschlecht in Aichach in Oberbayern gebürtig. Er besuchte ebenfalls das Klostergymnasium in Metten, das er 1913 absolvierte[39]. Sein Vater, Gerbermeister Ferdinand Müller, war Gründungsmitglied der Bayerischen Volkspartei (BVP) und von 1912 bis 1929 deren Abgeordneter im bayerischen Landtag. Trotz des Altersunterschieds von sechs Jahren ist anzunehmen, daß sich beide kannten. Der noch junge Politiker Schäffer, von 1920 an ebenfalls BVP-Abgeordneter und 1929 Parteivorsitzender, traf in den zwanziger Jahren „oft" in Aichach mit der Familie Müller zusammen[40]. Nicht ausgeschlossen ist, daß Vincenz Müller und Schäffer auch in der Zeit des Dritten Reiches zusammengetroffen sind, als Müller in der Reichswehr Karriere machte – ab Oktober 1935 arbeitete er im Generalstab des Heeres (Organisationsabteilung) – und Schäffer als Rechtsanwalt in München tätig war.

Im Sommer 1944 vollzog Müller, seit 1943 Generalleutnant und Kommandeur des XII. Armeekorps, eine seltsame politische Kehrtwende. Nach dem Zusammenbruch der

[37] Wortlaut in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 1, Erster Halbbd., S. 133–136, hier S. 136. Hervorhebung des Verfassers.

[38] Zur Biographie: Franz Menges, Fritz Schäffer (1888–1967), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hrsg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 6, Mainz 1984, S. 139–152, hier S. 139 f.

[39] Biographische Darstellung von Klaus Mammach, Herausgeber der im Deutschen Militärverlag erschienenen Erinnerungen von Vincenz Müller, Ich fand das wahre Vaterland, Berlin 1963, hier S. 5–102. Der Band enthält auch Aufzeichnungen und Reden aus dem Nachlaß Müllers. Vgl. Internationales Biographisches Archiv (Munzinger-Archiv), Lieferung 26/59, 27. 6. 1959; Oskar Pfefferkorn, Vincenz Müller. Ein sowjetisches Heldenleben, in: SBZ-Archiv 3 (1952), S. 347; „Der politische General", in: „Die Zeit" vom 13. 7. 1950.

[40] Erinnerung des Bruders, Eugen Müller (1889–1963), bis 1956 Pfarrherr in Perchting im Landkreis Starnberg, lebte bis zu seinem Tode in Aichach. Emil Schuster, „Vopo-General Müller ist Hausbesitzer in Aichach", in: „Schwäbische Landeszeitung Augsburger Zeitung" vom 20. 11. 1958.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Heeresgruppe Mitte geriet er bei Minsk in sowjetische Kriegsgefangenschaft, schloß sich den Kommunisten an, wurde Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland und des Bundes Deutscher Offiziere. Nach Besuch der Antifa-Schule kam er 1948 aus der Kriegsgefangenschaft in die Sowjetische Besatzungszone und spielte neben seinem Posten als 1. stellvertretender Vorsitzender der Nationaldemokratischen Partei (NDP) von 1949 bis 1953 eine führende Rolle beim Aufbau der kasernierten Volkspolizei (KVP), deren Generalinspekteur er 1952 wurde. Zum Generalleutnant 1953 befördert, war Müller bis 1956 Chef des Stabes der KVP und zugleich Stellvertreter des damaligen Innenministers, Willi Stoph.

Schon im Juli 1950 kursierten Gerüchte, Müller unterhalte bei Reisen durch die Bundesrepublik Kontakte zu ehemaligen Offizieren der Wehrmacht und suche sie für die Volkspartei zu gewinnen[41]. Verschiedene Verbindungen sind mittlerweile belegt. Zwischen 1950 und 1954 gab es teilweise rege Korrespondenzen und Treffen zwischen Müller und Hermann Teske, Oberst im Generalstab. Dabei standen sowohl die Frage „Wiedervereinigung/Wiederbewaffnung" als auch die Einstellung der in der Bundesrepublik lebenden früheren Wehrmachtsgeneräle, die sich um den Aufbau einer westdeutschen Armee bemühten, zu den USA und der Sowjetunion im Mittelpunkt[42]. Vergeblich versuchte Teske, der seinen Einfluß erheblich überschätzte, über Müller Beziehungen zwischen der Sowjetischen Militäradministration in Berlin-Karlshorst und General Speidel[43], damals Militärberater der Bundesregierung, herzustellen. Auf westlicher Seite traute wohl keiner so recht dem „roten General". Obwohl Müller „kein Kommunist" gewesen sein soll[44], erregten seine deutlichen antiamerikanischen Äußerungen Mißtrauen.

Westdeutscherseits existierten nach Moskau noch ganz andere Verbindungskanäle. So hatte bereits im November 1954 der SPD-Parteivorstand aus vertraulichen Informationsquellen erfahren, daß Semjonow, sowjetischer Hochkommissar in Deutschland, gegenüber Kastner[45] erklärt habe, selbst bei einer Ratifikation der Pariser Verträge

---

[41] Vgl. „Werbung für ostzonale Volkspolizei", in: „Westfälischer Anzeiger und Kurier" vom 3. 8. 1950.

[42] Walter Rehm, Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung. Deutsch-deutsche Offizierskontakte in den 50er Jahren, in: Alexander Fischer (Hrsg.), Wiederbewaffnung in Deutschland nach 1945, Berlin 1986, S. 93–106, im folgenden S. 99 ff.

[43] Müller und Speidel hatten in den dreißiger Jahren gemeinsam die Führergehilfenausbildung in Stuttgart absolviert. Hans Speidel, Aus unserer Zeit. Erinnerungen, Frankfurt/Main–Wien [4]1977, S. 125 f., 133.

[44] Mammach, Vorwort, in: Müller, S. 7. Adenauer bemerkte 1950 gegenüber den Alliierten Hohen Kommissaren zur „Armee in der Ostzone": „An der Spitze steht ein General Müller, der nicht Kommunist ist. Ich kenne den General nicht. Aber von Leuten, die ihn kennen, habe ich gehört, daß er ein sehr achtbarer Mann sei." Wortprotokoll der Sitzung vom 8. 12. 1950, in: Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, hrsg. von Hans-Peter Schwarz in Verbindung mit Reiner Pommerin, bearb. von Frank-Lothar Kroll/Manfred Nebelin, Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, München 1989, S. 36–57, hier S. 56.

[45] Dr. Hermann Kastner (1886–1957), 1949–1950 stellvertretender Ministerpräsident der DDR, 1950 Ausschluß aus der LDP, 1951 rehabilitiert, nach Tätigkeit für die Organisation „Gehlen" und den Bundesnachrichtendienst 1956 Flucht in die Bundesrepublik.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„würde die Tür zu weiteren Verhandlungen offen bleiben"[46]. Zu einem Zeitpunkt also, da die Opposition öffentlich behauptete, mit Inkrafttreten der Pariser Verträge (5. Mai 1955) werde die Bundesregierung alle Chancen zur Wiedervereinigung verspielt haben. Adenauer schenkte dieser These sowieso keinen Glauben. Im April 1955 erhielt er die Bestätigung, als Botschafter Krekeler über einen Mittelsmann von Äußerungen des sowjetischen Botschafters in Washington, Zarubin, berichtete, der angedeutet habe, daß ähnlich wie im Fall Österreich es auch zu Absprachen über Deutschland kommen könne. Vorstellbar sei eine Einladung des Bundeskanzlers nach Moskau, „um die Frage direkt mit den Sowjets zu besprechen"[47]. Charles Bohlen und William Hayter, Botschafter der USA und Großbritanniens in Moskau, hatten übereinstimmend von einem unübersehbaren „Klimawechsel" gesprochen und eine „Abkehr von der sterilen Politik Stalins" prognostiziert. Über die Gründe der Kremlherren, in Europa statt Konfrontation einen Ausgleich anzustreben, wurden viele Vermutungen angestellt: ungeklärte Machtverhältnisse in der sowjetischen Führungsspitze, wirtschaftliche Engpässe, Sorge vor dem militärischen Zusammenrücken zwischen den USA und der Bundesrepublik und die Dynamik der Entwicklung Chinas[48].

Genaueres wußte man im Bonner Kanzleramt jedoch nicht, bis Globke in den ersten Maitagen über zwei Aufforderungen Puschkins an den CSU-Politiker Josef Müller, zu Treffen nach Berlin zu kommen, informiert wurde. Adenauer aber wollte Zeit gewinnen, erst die Pariser Verträge unter Dach und Fach haben[49]. Globke kam aus sowjetischen Diplomatenkreisen in Ost-Berlin zu Ohren, daß Semjonow, der Spiritus rector der Entwicklung im Falle Österreich, auch Überlegungen über eine Einladung Adenauers nach Moskau anstelle, denen jedoch Vertreter einer unnachgiebigen Haltung der sowjetischen Deutschlandpolitik noch entgegenstünden. Diese Hinweise paßten zu Berichten aus österreichischen Regierungskreisen, wonach Moskau im Falle der Kremlvisite Adenauers die Rückgabe Schlesiens anbieten wolle[50].

Gut funktionierten auch die Informationskanäle zwischen der SPD-Baracke und der

---

[46] Bericht V 257 vom 5. 11. 1954, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (FES), SPD-Bundestagsfraktion, 23 Sammlung „SPD" Büro Ollenhauer, Mappe 22. Gleicher Tenor auch: Information an Heine, Gespräch mit Kastner, 20. 1. 1955, in: FES, SPD-Bundestagsfraktion, 2/24 Sammlung „SPD" Büro Ollenhauer, Mappe 23.

[47] Fernschreiben Krekeler (Washington) an Staatssekretär, Nr. 291 vom 25. 4. 1955, Streng geheim, in: BA, NL Herbert Blankenhorn 351/45 b. Kessel, Botschaftsrat an der Vertretung in Washington, stellte umgehend Überlegungen an, wie Adenauer gegebenenfalls einer Einladung begegnen sollte. Schreiben Kessel an Blankenhorn vom 26. 4. 1955, in: Ebenda.

[48] Fernschreiben Krekeler (Washington) an Auswärtiges Amt (Bonn), Nr. 310 vom 2. 5. 1955, in: BA, NL Blankenhorn 351/45 a.

[49] Hans-Peter Schwarz, Adenauer: Der Staatsmann 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 192.

[50] Die Kontakte waren über den Pressesprecher der österreichischen Botschaft in Bonn, Seiffert, und CDU-Pressesprecher Werner von Lojewski zustande gekommen, der wiederum Heinrich Krone, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in Kenntnis gesetzt hatte. Heinrich Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954–1969, in: Rudolf Morsey/Konrad Repgen (Hrsg.), Adenauer-Studien, Bd. III Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie, Mainz 1974, S. 134–201, hier S. 139.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

SPÖ in Wien. Was Globke von dritter Seite zugetragen bekam, erfuhr die SPD aus zweiter Hand und direkt aus Moskau. Adolf Schärf, Vizekanzler der Alpenrepublik, war dem Wunsch des SPD-Vorstandes nachgekommen[51] und hatte während der Moskauer Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag in einem Vier-Augen-Gespräch mit Außenminister Molotow, der dazu vom ZK der KPdSU beauftragt worden war, um die Einschätzung der deutschen Frage gebeten. Dieser, so berichtete Schärf Heine am 19. und 20. April 1955, habe seinen Standpunkt geteilt, daß „im Grunde genommen jeder Russe Angst vor Deutschland hat und daß er aus diesem Grunde die Wiedervereinigung wohl nicht für zweckmäßig hält". Für die Westmächte gelte das gleiche. Molotow habe Schärf bestätigt, „nicht weit von der Wahrheit entfernt zu sein". Die Sowjetunion hätte die ganzen Jahre hindurch eine Politik der Einheit Deutschlands gemacht. „Wir sind mit dieser Politik gescheitert." Auf die Frage Schärfs, ob das die endgültige Spaltung Deutschlands bedeute, blieb Molotow unverbindlich: „Wir waren und sind für die Einheit Deutschlands." Nach dem Sinn von Gesprächen mit der SPD befragt, habe Molotow zugesagt, Wehner könne sich ja an den Stab Puschkins wenden[52].

Über Kontakte zur Bonner Opposition und zur FDP konnten die Sowjets sicher nicht klagen. Denn am 24./25. April 1955 war auch Hermann Schwann[53], Mitglied des Außenpolitischen Arbeitskreises der FDP-Bundestagsfraktion, zum Mißfallen der Partei ohne ausführliche Absprachen mit seinen Kollegen bei Puschkin zu Besuch gewesen[54].

Aus Ost-Berlin waren aber auch anderslautende Informationen zu vernehmen. In der SED-Führung hatte sich wegen der sowjetischen Deutschlandpolitik Skepsis breitgemacht. Nach Bonn sickerte durch, der Berater für Deutschlandfragen in der Sowjetbotschaft, Panin, habe die SED-Führer mit der Versicherung zu beruhigen versucht, daß freie Wahlen in Deutschland nicht abgehalten würden, da die USA sich nicht davon abbringen lassen würden, die Bundesrepublik in die NATO einzugliedern[55].

Kurzsichtig wäre es hingegen, anzunehmen, daß sich nicht auch die SED-Führung gegenüber der Sowjetunion eine Rückfallposition offenzuhalten suchte für den Fall, daß sich Moskau eines Tages doch zu einem irgendwie gearteten Arrangement mit dem Westen über Deutschland entschließen würde. Der von Ministerpäsident Otto Grotewohl

---

[51] Vor Abreise der österreichischen Delegation nach Moskau hatte Fritz Heine am 4.4. 1955 die SPÖ-Parteifreunde Schärf und Kreisky im Namen des SPD-Vorstands gebeten, bei den Verhandlungen auf alles besonders zu achten, „was mit dem deutschen Problem zusammenhänge". Aufzeichnung „Zwei Besprechungen mit Adolf Schärf", 8 S., hier S. 1, in: FES, SPD-Bundestagsfraktion, 2/24 Sammlung „SPD" Büro Erich Ollenhauer, Mappe 23.

[52] Ebenda, S. 6 ff.

[53] Hermann Schwann (1898–1977), 1953–1957 Bundestagsabgeordneter, 1960 Austritt aus der FDP.

[54] Erinnerungsvermerk für Minister Blücher, Aufzeichnungen zu der Entwicklung in der Fraktion nach dem Gespräch des MdB Schwann mit dem sowjet. Botsch. Puschkin, in: BA, NL Franz Blücher 80/299, Blatt 151. Zur Kritik an dem Vorgehen Schwanns Aufzeichnung August Martin Euler, Zum Gespräch Schwann-Puschkin vom 11.5. 1955, in: Archiv des Deutschen Liberalismus, Gummersbach (ADDL), NL Thomas Dehler N 1–2945.

[55] Bericht, Betrifft: Sowjetische Absichten in der Deutschland-Frage, vom 15.4. 1955, Kontroll-Nr. 3546, in: FES, SPD-Bundestagsfraktion, 282 Sammlung „Westmächte und UdSSR", Büro Erich Ollenhauer, Mappe 21.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bei der Unterzeichnung des Warschauer Paktes am 14. Mai 1955 proklamierte Wiedervereinigungsvorbehalt, nämlich das vereinte Deutschland nicht im vorhinein auf die Zugehörigkeit zu einem Bündnis zu verpflichten, sondern ihm die volle Entscheidungsfreiheit zu belassen, richtete sich nicht nur an die Adresse der Bundesrepublik und ihrer NATO-Mitgliedschaft. So machte es die bislang bekannte, von ADN am 14. Mai 1955 verbreitete Version der Erklärung glauben. Dort hieß es: „Bei der Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand geht die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik davon aus, daß das wiedervereinigte Deutschland von den Verpflichtungen frei sein wird, die *ein Teil Deutschlands* in militärpolitischen Verträgen und Abkommen, die vor der Wiedervereinigung abgeschlossen wurden, eingegangen ist."[56]

In Wirklichkeit hatte Grotewohl auch die DDR in diesen Vorbehalt eingeschlossen, indem er wörtlich erklärte[57]: „Den Zweck des Vertrages – den Frieden und die Sicherheit in Europa zu gewährleisten berücksichtigend, sieht die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik im Vertrag eine große Hilfe für das deutsche Volk in seinem Streben nach friedlicher und demokratischer Vereinigung Deutschlands. Die Deutsche Demokratische Republik betrachtet ‚noch'[58] immer die Vereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage als ihre wichtigste Aufgabe und als Aufgabe des ganzen deutschen Volkes[,] und sie wird mit allen Mitteln dazu beitragen, daß die Einheit Deutschlands beschleunigt wird. Bei der Unterzeichnung dieses Vertrages über die Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe geht die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik davon aus, daß das vereinte Deutschland ‚. . .'[59] von den Verpflichtungen, die von *diesem oder jenem Teil Deutschlands* entsprechend den militärisch-politischen Verträgen und Vereinbarungen, die vor seiner Vereinigung geschlossen und getroffen wurden, frei sein wird." Im Protokoll wurde weiter festgehalten: „Die angeführte Deklaration der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wurde mit vollem Verständnis aufgenommen und von der Konferenz zur Kenntnis genommen." Mit anderen Worten: ohne Einspruch oder Vorbehalt der Sowjetunion!

Es ist also keineswegs zutreffend, daß mit Inkrafttreten der Pariser Verträge und dem Eintritt der DDR in den Warschauer Pakt im Mai 1955 von seiten der DDR alle Möglichkeiten zur Wiedervereinigung als vertan angesehen wurden. Offenbar gab es in der DDR-Führungsspitze nach wie vor Kräfte, die an der Option einer Wiedervereinigung Deutschlands auf der Basis der militärischen Neutralität festhielten. In der Vorberei-

[56] Wortlaut in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. II Von der Souveränitätserklärung am 25. März 1954 bis zur Warschauer Konferenz (11. bis 14. Mai 1955), hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin 1955, S. 231. Hervorhebung des Verfassers.

[57] Schlußkommuniqué der Warschauer Konferenz europäischer Staaten zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa vom 14. 5. 1955, in: Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Zentrales Parteiarchiv, Berlin (IfGA, ZPA), NL Otto Grotewohl 90/461, Blatt 231f. Hervorhebung des Verfassers.

[58] Korrigiert aus „nich".

[59] Gestrichen „frei sein wird".

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tungsphase für die Genfer Viermächte-Konferenz der Staats- und Regierungschefs waren eben Verlauf und Ergebnis weiterer Deutschland-Verhandlungen nicht klar abzuschätzen.

In Washington deutete Außenminister Dulles den erfolgreichen Abschluß der Viermächte-Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag als Signal einer flexibleren Haltung der Sowjets, die auch in der deutschen Frage Fortschritte bringen könnte. Die Diskussionen über den modifizierten Eden-Plan, mit dem der Westen der Sowjetunion Sicherheitsgarantien mittels eines truppenfreien Raumes in Zentraleuropa anbot und damit den Einstieg in substantielle Verhandlungen über die Wiedervereinigung verknüpfte, aber auch die Einladung des Kremls vom 7. Juni 1955 an Adenauer zum Moskau-Besuch hatten die Deutschlandpolitik Adenauers in eine schwierige Lage gebracht. Das Dilemma der Bundesregierung bestand darin, einerseits Wort halten zu müssen und nach der Westintegration die Frage der Wiedervereinigung anzugehen, was eine gewisse Beweglichkeit in der bisherigen Ost- und Deutschlandpolitik gerade bei Kontaktangeboten erforderte, und andererseits den „Dammbruch" zu verhindern, daß im Zuge möglicher Regierungskontakte zu Ost-Berlin die westlichen Länder gleiches anbahnen mit der Folge, daß die Welle der Anerkennung des zweiten deutschen Staates von Bonn nicht mehr aufzuhalten wäre.

Vor diesem politischen Hintergrund ist das Zustandekommen der Kontakte von Schäffer und Müller im Mai/Juni 1955 zu sehen. In den „Erinnerungen" Adenauers steht zu lesen, die Russen hätten „bereits vor der Einladung vom 7. Juni 1955 auf verschiedene Art und Weise versucht, mit der Bundesregierung in Kontakt zu kommen", wozu die Bemühungen Müllers gehörten[60]. Vieles spricht dafür, daß die Initiative zur neuerlichen Kontaktaufnahme zwischen Müller und Schäffer im Frühjahr 1955 von dem General ausging. Keineswegs ist auszuschließen, daß Müller auf Direktive der SMAD die alte Beziehung wieder aufwärmte, um Kontakte mit der Bundesregierung im Vorfeld der Einladung des Bundeskanzlers nach Moskau zu suchen. Den Sowjets war es offenbar bis dahin nicht gelungen, zur Bonner Regierungszentrale oder zu den Parteizentralen von CDU und CSU einen direkten Draht zu knüpfen.

Am 6. Mai 1955 informierte Schäffer Bundeskanzler Adenauer[61] über die Verbindungen zu Müller, die entweder durch Verwandte von Schäffer (Dokument 7) oder auf Vermittlung des Verlegers und Chefredakteurs der „Passauer Neuen Pesse", Hans Kapfinger, „in einem Dorfe bei Passau" zustande gekommen sein sollen[62]. Der General, so Schäffer gegenüber Adenauer, habe angeblich Informationen, „die die bevorstehenden Vier-Mächte-Verhandlungen günstig beeinflussen könnten"[63]. Die Formulierung in den „Erinnerungen" von Strauß, der über seinen Parteifreund Richard Stücklen von der

[60] Konrad Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, Stuttgart 1966, S. 450.

[61] In Adenauers Terminkalender sind für diesen Zeitraum lediglich am 6. 5. und 7. 6. 1955 Begegnungen mit Schäffer verzeichnet; Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bad Honnef-Rhöndorf (StBKAH) 04.06.

[62] Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin [2]1989, S. 188.

[63] Adenauer, Erinnerungen, S. 450.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schäffer-Reise erfuhr, greift noch etwas weiter. Demnach hat Müller Schäffer informiert, „daß unter Umständen eine radikale Änderung der sowjetischen Politik gegenüber Deutschland denkbar sei. Die Bundesregierung müsse lediglich auf die Durchführung des Freiwilligengesetzes verzichten und ihr Verhältnis zur NATO lockern."[64] Müller soll Schäffer ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in der DDR, Puschkin, in Ost-Berlin in Aussicht gestellt haben. Schäffer war sich darüber im klaren, daß er einen solchen Besuch nur mit Wissen des Kanzlers durchführen konnte, und hatte offenbar seine Zusage von der Rücksprache mit Adenauer abhängig gemacht. Adenauer vermerkte am 30. Juni 1955 (Dokument 3) – also nach Schäffers Besuch in Ost-Berlin –, nichts davon gewußt zu haben, daß Schäffer ein Gespräch mit Puschkin, sondern mit Müller anonciert worden war. Wie dem auch sei, nach eigenem Bekunden versicherte Adenauer Schäffer, daß Verhandlungen „natürlich immer möglich" wären. Der Kanzler hielt sich zugleich die Hintertür offen und schränkte ein, „aber es komme auf den Inhalt der Verhandlungen an".

Als am 9. Mai 1955 – nach Aufnahme der Bundesrepublik – der NATO-Rat über die jüngsten Wandlungen in der Taktik der sowjetischen Politik und die Auswirkungen auf die internationale Lage diskutierte, unterstrich Adenauer, daß „nach Informationen aus Ostdeutschland" die Atmosphäre in nächster Zeit für internationale Konferenzen günstiger sein könnte. Dennoch hielt er kurzfristig Erfolge für nicht erreichbar[65].

Müller wandte sich abermals an Schäffer und schlug erneut ein Treffen in Berlin vor. Inwiefern Müller auf eigene Faust oder nach Absprachen mit Puschkin agierte, ist gegenwärtig noch nicht auszumachen. Adenauer, der von Schäffer am 7. Juni 1955 von der erneuten Anfrage Müllers erfuhr (Dokument 1), war durch den deutschlandpolitischen Schachzug des Kreml in die Zwickmühle geraten: Lehnte er die Einladung ab, würde er als Entspannungsgegner diffamiert, führe er hin, setzte er sich gleich nach der offiziellen Mitgliedschaft im westlichen Bündnis möglichem Argwohn der Verbündeten aus. Adenauer befürchtete, in „Mißkredit" zu geraten, wenn geheime Kontakte Bonns mit Ost-Berlin bekannt würden[66]. Andererseits könnte es höchst mißlich sein, wenn die Bundesregierung sich fünf Wochen vor der Genfer Konferenz und in Anbetracht der sowjetischen Bewegung in der Österreich-Frage von vornherein jeglicher Fühlungsnahme gänzlich verschließen würde. Sollte sich daraus im Hinblick auf die Moskaureise positiv etwas entwickeln, mußte man weitersehen; würden die Kontakte nichts erbringen und an die Öffentlichkeit dringen, schadete das nur dem Ansehen Adenauers in der westlichen Welt. Für den Kanzler war die Angelegenheit unkalkulierbar. Ihm half nur, sich geschickt herauszuwinden und keine Wege zu verbauen. So stellte er Schäffer gegenüber seine Bedenken heraus, war aber keineswegs geneigt, ihn in die Pflicht zu nehmen oder ihm die Reise zu untersagen (Dokument 7). Deshalb zeigte er zugleich Verständnis für Schäffers Gewissensqualen, falls er glaube, eine „wenn auch nur sehr

[64] Strauß, Erinnerungen, S. 188.

[65] Nordatlantikrat, Zusammenfassender Bericht über die Sitzung des Rates, Paris, 9. 5. 1955, C-R(55)18, S. 8 a, in: BA, NL Blankenhorn 351/46.

[66] Adenauer, Erinnerungen, S. 450.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geringe Möglichkeit", Entspannung in der Deutschlandpolitik zu erreichen, ausloten zu müssen. Unliebsam war dem Kanzler die Haltung seines Ministers sicher nicht. Doch hatte er sein „Alibi" – und das reichte ihm (Dokument 7). Damit war der „schwarze Peter" der politischen Verantwortung für eine solche Aktion wieder bei Schäffer, der sich des hohen persönlichen Risikos eines Besuchs in Ost-Berlin – ungeachtet des Falles John[67] – sehr wohl bewußt war (Dokument 1).

Schäffer wird nicht abzustreiten sein, aus nationalem Pflichtbewußtsein heraus gehandelt zu haben. Wegen der langjährigen Bekanntschaft mit Müller hat Schäffer ihm ein gewisses Maß an Aufrichtigkeit unterstellt, wenn ein ehemaliger deutscher Wehrmachtsoffizier sich darum bemühte zu vermeiden, daß „von ihm ausgebildete Soldaten (Volkspolizei) einmal gegen ebenfalls deutsche Soldaten (Bundeswehr) schießen müssen"[68]. Doch war Schäffer, dem nachgesagt wurde, „schlauer als der begabteste Pferdehändler"[69] zu sein, politisch so blauäugig zu glauben, auf geheimen Kanälen in die DDR mit Moskau über die Wiedervereinigung Deutschlands verhandeln zu können? Oder war dieser Mann nur eigensinnig, ambitioniert, mit Blick auf die 1955/56 anhaltenden Diskussionen um die Kanzler-Nachfolge, Adenauer zu beerben? Wenn aufgrund seines „Opfergangs nach Ost-Berlin" Bewegung in die deutsche Frage oder selbst Verhandlungen über die Wiedervereinigung initiiert würden, könnte die Schwesterpartei CDU an ihm als Kanzler-Kandidaten kaum vorbeigehen. Bei erfolgreichem Verlauf würde die Aktion der Bundesregierung zudem innenpolitisch Entlastung verschaffen. Denn seit März 1955 zeichnete sich in der Regierungskoalition mit der FDP wegen der öffentlichen Attacken von Parteichef Thomas Dehler auf die zu unbewegliche Deutschlandpolitik des Kanzlers ein handfester Krach ab, über den gegen Ende des Jahres 1955 die Koalition auch zerbrach. Schließlich waren Gespräche zwischen westdeutschen und ostdeutschen Politikern in den fünfziger Jahren zwar stets delikat und nicht gerade an der Tagesordnung, aber auch keineswegs sensationell. Als Beispiele seien nur die Treffen von Lemmer, Gespräche des von Adenauer im Oktober 1950 entlassenen ersten Bundesinnenministers, Gustav Heinemann, mit Nuschke und Gerald Götting am 12. März 1952[70], der Besuch des DDR-Ministers für Handel und Versorgung und (Mit-)Vorsitzenden des Zentralvorstandes der Liberal-Demokratischen Partei, Karl Hamann, beim bayerischen Justizminister, Josef Müller, am 17./18. Januar 1952 in München[71] und die

[67] Dr. Otto John (*1909), erster Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, verschwand am 20.7. 1954 auf ungeklärte Weise und tauchte angeblich als politischer Flüchtling in Ost-Berlin auf, kehrte am 12. 12. 1955 wieder in die Bundesrepublik zurück, 1956 wegen Landesverrats zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, 1958 vorzeitig aus der Haft entlassen, kämpft seitdem um seine Rehabilitierung.

[68] So die Antwort Schäffers auf die Frage nach den Beweggründen Müllers für die Kontaktaufnahme. Vgl. „In der Wohnung Müllers", in: „Frankfurter Allgemeine" vom 17. 11. 1958.

[69] Theodor Eschenburg, „Schäffers Patrouillenritt nach Pankow", in: „Die Zeit" vom 21. 11. 1958.

[70] Richter, Ost-CDU, S. 353.

[71] Bericht von Hamann über seine Gespräche mit Josef Müller in: IfGA, ZPA, NL Grotewohl 90/656, Blatt 141–164. Hamann, der nach eigenen Bekundungen „feste vereinbarte Termine", „durch Vermittlung gesicherte" und „in Aussicht genommene" Gespräche, u. a. mit Heuss, Blücher, Dehler und Ollenhauer, hatte (Blatt 183), wurde auf Entscheidung des Bundesinnenministeriums am 21. 1. 1952

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unterredungen Karl-Georg Pfleiderers im Februar 1954 in Berlin-Karlshorst[72] erwähnt.

Über den Verlauf des Besuchs am 11. Juni 1955 in Ost-Berlin und seines Zusammentreffens mit Puschkin am 21. Oktober 1956 hatte Schäffer zunächst keine Aufzeichnungen angefertigt. Das bestätigte er am 19. November 1964 auf Befragen von Hermann Teske, der erst zehn Jahre später die Ergebnisse seiner Recherchen publizierte[73]. Hauptgrund für „seine ostwärts gerichtete Aktivität", so die Ausführung Schäffers, sei gewesen, „sein Gewissen zu erleichtern". Auf Bitten Teskes nahm Schäffer in einem vom 25. November 1964 datierten Schreiben an ihn[74] nochmals zu den Besuchen in Ost-Berlin Stellung. Dieser Brief und Schäffers Schreiben an Adenauer vom 21. Oktober 1958 (Dokument 5) sind die bisher einzigen bekannten schriftlichen Darlegungen Schäffers über den Inhalt seiner damaligen Gespräche.

Die Ausführungen in dem Schreiben an Teske enthalten – ob aus dem „Gedächtnis" aufgezeichnet oder nicht[75] – eine Reihe von Ungenauigkeiten hinsichtlich der zeitlichen Einordnung der Gespräche. So ist über den ersten Besuch im Juni 1955 dort vermerkt[76]: „Als in Ostdeutschland und in Ungarn innere Unruhen drohten, wurde ich von dritter Seite glaublich befragt, ob ich antworten würde, wenn Vincenz Müller an mich herantreten würde. Ich sagte zu, daß er sich an mich wenden könne. Es geschah dies mit der Anfrage, ob ich nicht einmal mit ihm in Ost-Berlin sprechen könne. Ich sagte zu. Es war vereinbart, daß ich nicht mit Herren der Regierung in Ost-Berlin sprechen sollte, sondern mit dem russischen Botschafter. Gelegentlich einer Reise nach West-Berlin kam ich auch nach Ost-Berlin in das Haus von Vincenz Müller und fuhr in ein Haus, wo ich angeblich den russischen Botschafter sprechen sollte. Er war gar nicht da, sondern 2 jüngere russische Beamte oder Angestellte, worauf ich diesen erklärte, ein Gespräch mit ihnen sei von mir nicht beabsichtigt gewesen. Ich glaubte, der Herr Botschafter wünsche eine Fühlungnahme, ich müßte unter diesen Umständen sofort wieder heimreisen; ich tat dies und fuhr über das Haus Vincenz Müllers wieder zurück. Vincenz Müller wurde von mir verständigt; er geriet in zornige Erregung und bat mich abzuwarten, was er mir in den nächsten

---

die Aufenthaltsgenehmigung entzogen, und er wurde aus dem Gebiet der Bundesrepublik herauskomplimentiert. Heyne, Bericht über die Ausweisung aus der Bundesrepublik vom 22. 1. 1952, Blatt 173–180.

[72] Karl-Heinz Schlarp, Alternativen zur deutschen Politik 1952–1955: Karl Georg Pfleiderer und die „Deutsche Frage", in: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hrsg.), Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1976, S. 211–248.

[73] Hermann Teske, Wenn Gegenwart Geschichte wird . . ., Reihe: Die Wehrmacht im Kampf, Bd. 50, Neckargemünd 1974, S. 18–22. Hinweis darauf bei Rehm, Wiederbewaffnung, S. 93, 102. Schäffer berichtete, seinerzeit lediglich an den Bruder, Eugen Müller, einen „längeren Brief geschrieben und um Aufklärung gebeten" zu haben (S. 18). Ob Schäffer eine Antwort erhielt, wird nicht erwähnt.

[74] Wortlaut des Schreibens von Schäffer in Teske, Gegenwart, S. 19–22.

[75] Teske berichtet, Schäffer habe sich bereiterklärt, „aus dem Gedächntnis eine Dokumentation (. . .) anzufertigen". Ob Schäffer zur Abfassung des Schreibens Aktenmaterialien benutzt, bleibt offen. Jedenfalls betont er am Ende des Briefes: „Dies ist meine Erinnerung." Ebenda, S. 22. Denkbar ist, daß Schäffer sein Schreiben an Adenauer vom 21. 10. 1958 zur Hand genommen hat.

[76] Ebenda, S. 19–22.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tagen mitteilen könnte. Er teilte mir dann mit, daß es doch erwünscht wäre, ich käme zu einem Gespräch mit dem russischen Botschafter nach Ost-Berlin. Nach Fühlungnahme mit der deutschen Bundesregierung (mit dem Herrn Bundeskanzler Adenauer; m. E. ist das Auswärtige Amt in jenen Tagen mit Herrn v. Brentano erst besetzt worden) sagte ich auch einen Besuch in Ost-Berlin, aber nur in der russischen Botschaft, zu."

Offensichtlich hat Schäffer die näheren Umstände seiner beiden Ost-Berlin-Reisen in der Erinnerung durcheinander gebracht. Dieser Teil der Darstellung bezieht sich nachweislich nicht auf den Besuch im Oktober 1956 („innere Unruhen in Ungarn"), sondern auf den ersten gescheiterten Kontaktversuch im Juni 1955, als von Brentano am 7. Juni das Amt des Außenministers übernahm.

Im Ministerium für Staatssicherheit erweckte die Mitteilung über die Reiseabsichten Schäffers und der Hinweis, der Bonner Minister werde mit der S-Bahn am Ausgang des Bahnhofs Marx-Engels-Platz ankommen, Zweifel. Mit dem wirklichen Erscheinen wurde von den Leuten um Markus Wolf nicht gerechnet. Deshalb, so die Erklärung, seien auch „die gewünschten Gesprächspartner, der Ministerpräsident der DDR und der sowjetische Botschafter, über diesen Termin, der auf ein Wochenende fiel, noch nicht in Kenntnis gesetzt" worden[77]. Ein Oberst soll Schäffer dann zur Wohnung Müllers begleitet haben. Da Schäffer wenige Stunden später wieder nach Bonn zurückfliegen wollte und die Gesprächspartner „so kurzfristig nicht zur Verfügung" standen, „wurde entschieden", Wolf „solle gemeinsam mit einem Mitarbeiter der Sowjetbotschaft die Vorschläge entgegennehmen". Im Gästehaus der DDR in Rauchfangswerder am Zeuthener See sollen Wolf, Schäffer und ein Vertreter der sowjetischen Botschaft eine Unterhaltung geführt haben, in der Schäffer angeblich „seinen Plan zur Bildung einer deutschen Konföderation sehr präzise" vortrug. Mit der Idee habe der Minister sich seit dem Moskau-Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Raab auseinandergesetzt. Der Kern des Vorschlags sei gewesen: „Abzug der Besatzungstruppen und Schaffung eines neutralen Vereinigten Deutschland". Ost-Berlin waren die finanzpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Adenauer und Schäffer nicht verborgen geblieben. Eingeweihte im Ministerium für Staatsicherheit glaubten an einen raffinierten Schachzug Adenauers, „der sich gerade zu einer USA-Reise anschickte" und wußte, bei der Aktion konnte sich schlimmstenfalls „ein unbequemer Partner in der Regierung kompromittieren". Wolf ergänzt: „Mit unserer Niederschrift über das Gespräch erhielten die Vorschläge Schäffers Gewicht, sie gelangten zu Walter Ulbricht, der kurz danach mit seinem Konföderationsplan aufwartete."[78]

Aus dem letzten Hinweis geht hervor, daß Wolf die beiden Treffen in Ost-Berlin in unmittelbaren Zusammenhang setzt, was nachweislich nicht stimmt. Somit ist zweifelhaft, ob Schäffer – wenn überhaupt, wie hier behauptet wird – schon bei seinem ersten Besuch den Vorschlag einer Konföderation unterbreitet hat. Die erwähnte Niederschrift – wahrscheinlich identisch mit dem im folgenden abgedruckten Dokument 4 – bezieht sich auf die Begegnung im Oktober 1956.

Mitte Juni 1955 verhandelte Adenauer nämlich in Washington über die schwierigen

[77] Wolf, Auftrag, S. 150 f.
[78] Ebenda, S. 151 f.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Fragen der westlichen Position zur Wiedervereinigung Deutschlands und der Verbindung mit den Vorschlägen einer demilitarisierten Zone in Mitteleuropa ohne Neutralisierung Deutschlands. Am 13. Juni 1955 hatte er in einer privaten Unterredung dem amerikanischen Außenminister, John Foster Dulles, streng vertraulich das Konzept der Bundesregierung für die Bildung eines truppenfreien Raumes in Zentraleuropa (sog. Heusinger-Plan) übergeben[79]. Es war der Preis, den Bonn für Fortschritte in der Wiedervereinigungsfrage zu zahlen bereit war. Bei der Gelegenheit setzte Adenauer Dulles vorsorglich auch über die Kontaktversuche Müllers mit Schäffer ins Bild und las ihm – gewissermaßen zur eigenen Rechtfertigung und vielleicht auch als Zeichen dessen, was auf deutsch-deutscher Bühne alles passieren kann[80] – den Brief Schäffers vom 9. Juni (Dokument 1) vor[81].

Nach Rückkehr aus Ost-Berlin informierte Schäffer über Staatssekretär Walter Hallstein vom Auswärtigen Amt den Kanzler telegraphisch über den Fehlschlag des Besuchs mit den Worten, daß „der Botschafter sich habe verleugnen lassen" (Dokument 2). In seiner Aufzeichnung vom 30. Juni 1955 (Dokument 3) behauptete Adenauer allerdings, „keine Ahnung" von dem beabsichtigten Treffen Schäffers mit dem sowjetischen Botschafter gehabt zu haben.

Außenminister von Brentano, derweil in die Angelegenheit noch nicht eingeweiht, brachte Adenauer mit einigen Äußerungen, die Anlaß zu weitreichenden Fehldeutungen der Bonner Deutschlandpolitik gaben, in eine äußerst peinliche Situation gegenüber seinen amerikanischen Gesprächspartnern. Von Brentano hatte während einer Pressekonferenz am 14. Juni 1955 auf die Frage des Bonner ADN-Korrespondenten, Karl Wilhelm Gerst, wie die Durchführung der Wiedervereinigung möglich sein könne, wenn zwischen beiden Teilen Deutschlands keine Kontakte hergestellt würden, geantwortet: Die Wiedervereinigung werde sich, wie er hoffe, wünsche und glaube, nicht vollziehen durch einen Kontakt der Bundesregierung mit der Regierung in Pankow, sondern durch die Entscheidung des deutschen Volkes. „Daß zur Vorbereitung und für eine Abstimmung unter Umständen auch eine Fühlungsnahme mit Dienststellen der dortigen Verwaltung möglich sein wird", wollte von Brentano nicht ausschließen. Vorgänge dieser Art gebe es ja schon im Interzonenhandel[82]. Vor dem Hintergrund des Schäffer-Besuchs hatte der Außenminister unbewußt in ein politisches Wespennest gestochen.

Adenauer war aufgebracht über die Äußerungen. Sie schienen seine Zweifel hinsichtlich mangelnder Erfahrung und fehlender Umsicht von Brentanos zu bestätigen. Die Bemerkungen, die auch nach Ansicht Blankenhorns „in der Tat so ungeschickt, ja so ge-

[79] Hermann-Josef Rupieper, Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955, Opladen 1991, S. 433–446.

[80] Schwarz, Staatsmann, S. 193.

[81] Wortlaut des Memorandums von Merchant, Leiter der Europa-Abteilung im State Department, an Dulles, 15.6. 1955, in: Foreign Relations of the United States (FRUS), 1955–1957 Vol. V Austrian State Treaty; Summit and Foreign Ministers Meetings, 1955, Washington 1988, S. 228 ff., hier S. 228.

[82] Wortlaut des Telegramms von Brentano an Adenauer vom 15.6. 1955, in: Arnulf Baring unter Mitarbeit von Bolko von Oetinger/Klaus Mayer, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964, Hamburg 1974, S. 153 ff., hier S. 154 f.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fährlich" waren, ließen in Adenauer den Entschluß reifen, den Rücktritt von Brentanos „sofort durchzusetzen". So hatte er bereits „in den frühen Morgenstunden einen Brief entworfen, in dem er die Gründe für seine Entscheidung auseinandersetzte", und ihn Blankenhorn zur Überarbeitung gegeben, der den Kanzler wohl beruhigen konnte[83]. Doch verordnete Adenauer seinem Außenminister umgehend Sprechverbot: „Auf Grund des Artikel 65 des Grundgesetzes", telegraphierte er aus Washington, „ersuche ich Sie, bis auf weiteres alle Gespräche und jede Verlautbarung, die meinen Ihnen bekannten Richtlinien über die Behandlung der Ost-Westfrage widersprechen, zu unterlassen."[84]

Am Nachmittag desselben Tages bekam Schäffer in Bonn ein Schriftstück – offenbar von östlicher Seite – zugespielt, über das bislang keine näheren Kenntnisse vorliegen. Am gleichen Abend setzte Schäffer seinen Kollegen von Brentano über den Besuch in Ost-Berlin in Kenntnis (Dokument 2).

Wie erwartet, berichtete die „Washington Post" am 15. Juni 1955, die Bundesregierung sei bereit, mit der DDR informelle Gespräche über die Wiedervereinigung zu führen. Im amerikanischen Verteidigungsministerium wie im State Department erregte der Bericht Aufsehen, weil der Tenor in auffälligem Widerspruch zu den Beteuerungen des Kanzlers und dem angestrebten Verhandlungspaket „Wiedervereinigung/europäische Sicherheit"[85] stand. Adenauer und Blankenhorn hatten große Mühe, die Befürchtungen als „völlig grundlos" zu zerstreuen. Auch dem britischen Premierminister, bei dem Adenauer auf seiner Rückreise aus den USA in Chequers am 19. Juni 1955 Station machte, erzählte er von den Annäherungsversuchen Müllers und sagte Eden weitere Unterrichtung in dieser Sache zu[86].

Nachdem der Kreml über die deutsche Botschaft in Paris Gesprächsverbindung mit der Bundesregierung in Bonn geknüpft hatte, war ein Kontakt über die sowjetische Botschaft in Ost-Berlin anscheinend nicht mehr gewünscht. Wenn der Besuch von Müller mit Puschkin abgesprochen war – was plausibel scheint –, dann bestand keine Notwendigkeit mehr, daß der Sowjetbotschafter sich mit einem Regierungsmitglied über Fragen der Deutschlandpolitik unterhielt. Das Gespräch war vielleicht auch hinfällig geworden, weil sich die Anzeichen für das Zustandekommen der Genfer Konferenz mehrten und die Verbindungen über Wien nach wie vor in Takt waren. Der CSU-Abgeordnete Hanns Seidel erfuhr vom österreichischen Außenminister Figl, die Russen beabsichtigten, „einer Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit zuzustimmen, diesem Deutschland militärische Kräfte zuzugestehen und einen Teil des Gebietes jenseits der Oder-Neiße-Linie zurückzugeben; die einzige Gegenleistung der Bundesrepublik müsse sein, daß Deutsch-

[83] Tagebuchnotiz vom 15. 6. 1955, in: BA, NL Blankenhorn 351/48 b.

[84] Wortlaut des Telegramms Adenauer an von Brentano vom 15. 6. 1955, in: Baring, Briefwechsel, S. 153.

[85] Wortlaut des Memorandums über die Verhandlungen Dulles – Adenauer – Macmillan – Pinay, New York vom 17. 6. 1955, in: FRUS, 1955–1957 Vol. V, S. 232–238. Wortlaut des Memorandums von Dulles an Eisenhower vom 18. 6. 1955, in: Ebenda, S. 239 f.

[86] Record of Discussions Adenauer – Eden vom 19. 6. 1955, in: Public Record Office, London (PRO), Prime Minister's Office (PREM) 11/894; siehe auch Foreign Office (FO) 371/118222.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

land sich aus dem NATO-Bündnis löse". Ein schwer abzulehnendes Angebot, meinte Krone. Aber Adenauer zeigte wenig Neigung, gegebenenfalls darauf einzugehen[87].

Ähnlich lautende Informationen sollen im Juni 1955 an die DDR-Führung weitergegeben worden sein. Puschkin habe Grotewohl davon in Kenntnis gesetzt – so war aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Ost-Berlin zu hören[88] –, daß die sowjetische Regierung in Genf den Vorschlag einer Viermächte-Erklärung zur Beendigung der Besetzung Deutschlands und der Aufhebung daraus resultierender Rechte unterbreiten wolle. Die Vier Mächte würden sich lediglich ein Aufsichtsrecht vorbehalten, ansonsten sei die Wiedervereinigung „Angelegenheit des deutschen Volkes selbst", dessen Sicherheit im Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems aller europäischen Staaten garantiert werde, dem bis zur Wiedervereinigung beide deutsche Staaten angehören können. Zum Zwecke der Viermächte-Aufsicht würde ein gemeinsames Organ gebildet mit Sitz in Berlin, was allerdings nicht ein Wiederaufleben des alliierten Kontrollrats bedeuten solle.

Anfang Juli 1955 hegte Globke noch Hoffnungen auf großzügige Angebote des Kreml beim Kanzler-Besuch in Moskau – „1. freie Wahlen, 2. eigene deutsche Armee, 3. Berichtigung der Oder-Neiße-Grenze durch Rückgabe von Schlesien, Pommern o. dgl."[89] Und auch die auf Vermittlung Figls Mitte Juli in Wien stattgefundene Begegnung zwischen Josef Müller und Sowjetbotschafter Iljitschew, die der Abklärung gegenseitiger Interessen im Zusammenhang mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen diente[90], deutete auf substantielle Verhandlungsbereitschaft der Sowjets hin. Die Erwartungen waren nach den Genfer Konferenzen und Adenauers Reise zerplatzt. Deutsch-sowjetische Verhandlungen sollten nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Moskau zwar einfacher zu bewerkstelligen sein. Doch nahmen die Ost-West-Spannungen zu. Die Verkündung der Hallstein-Doktrin[91], mit der Bonn einen wirksamen Hebel zur internationalen Isolierung der DDR angesetzt hatte, und die Schwierigkeiten beim Versuch, dennoch die Wiedervereinigungsfrage auf der Tagesordnung zu halten, kennzeichneten die Situation des Herbstes 1956. Die Bundesregierung hatte mit ihrem erstmals direkt der Sowjetunion übermittelten Memorandum zur Wiedervereinigung am 2. September 1956[92] ein deutliches Signal der Verhandlungsbe-

---

87 Krone, Aufzeichnungen, S. 139 f.

88 Notiz, ohne Datum, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (PAAA), Abteilung 7, Bd. 44 b Internationale Konferenzen Bd. 1, 2 Viermächte-Konferenzen.

89 Schreiben Globke an Hans Kroll, Botschafter in Tokio vom 4. 7. 1955, zit. bei Schwarz, Staatsmann, S. 194.

90 Vgl. ebenda, S. 192 f.

91 Wortprotokoll der Botschafter-Konferenz, Teil II vom 8. 12. 1955, inbes. die Ausführungen von Kaufmann, Grewe und Hallstein, in: BA, NL Blankenhorn 351/41 a. Wortlaut der Regierungserklärung von Brentanos am 28. 6. 1956, in der er begründete, warum die Bundesregierung die Anerkennung der DDR durch dritte Staaten als unfreundlichen Akt ansehe, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe/Bd. 2, 1. Januar bis 31. Dezember 1956, Zweiter Halbbd., bearb. von Ernst Deuerlein/Hansjürgen Schierbaum, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Frankfurt/Main–Berlin 1963, S. 497–527.

92 Wortlaut in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe/Bd. 2, Zweiter Halbbd., S. 706–716

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

reitschaft gegeben, das die drei Westmächte am 10. Oktober 1956 mit ihren Noten an Moskau und Bonn unterstützten[93].

Die genauen Vorgänge, die zum Zustandekommen des zweiten Gesprächs zwischen Müller und Schäffer am 20. Oktober 1956 führten, auf dem Höhepunkt der Ungarnkrise und zwei Tage bevor die sowjetische Regierung die Antwortnote an die Bundesregierung[94] überreichte – also in Unkenntnis der Reaktion des Kremls –, sind bisher kaum auszumachen. Verschiedene Überlegungen kommen für die erneute Gesprächsinitiative in Betracht. Die DDR-Führung befürchtete, in der Deutschlandpolitik gänzlich an Einfluß zu verlieren, wenn, ausgehend von dem Memorandum der Bundesregierung und nachdem die Botschafter ihre Tätigkeit aufgenommen haben, direkte Verhandlungen zwischen Bonn und Moskau beginnen. Wollte die DDR mit Bonn ins Gespräch kommen, dann bot die Aussicht auf ein vertrauliches Gespräch eines Mitgliedes der Bundesregierung zu Puschkin einen Ansatzpunkt, zumal Mitte Oktober 1956 der designierte sowjetische Botschafter Smirnow noch nicht in Bonn eingetroffen war[95]. Ein vollkommen neuer Aspekt ist die in den Strauß-„Erinnerungen" wiedergegebene Version, Müller habe „offenbar sehr weitreichende Andeutungen" über einen bevorstehenden Umsturz in der DDR durch einen Putsch der NVA gemacht. Es sei „durchaus möglich", so der General, „daß es ohne sowjetisches Eingreifen, vielleicht sogar auf sowjetisches Betreiben hin, zu einer Machtübernahme durch die Nationale Volksarmee in der DDR komme, Ulbricht verhaftet und die ganze Regierung abgesetzt werde. Man denke an einen Österreich-Status für die DDR. Eine Wiedervereinigung sei zwar nicht oder erst für eine spätere Phase in Aussicht gestellt, aber immerhin käme es zu einer nichtkommunistischen Regierung in der DDR, zu einer wirklichen Demokratie mit vorheriger militärischer Übergangskonstellation und außenpolitisch begrenzter Bewegungsfreiheit."[96] Belege dafür sind momentan nicht bekannt.

Über den Verlauf des Besuchs liegen mittlerweile fünf verschiedene Quellen vor: eine Niederschrift über die Unterredung zwischen Schäffer, Müller und Puschkin am 20. Oktober 1956 aus dem Nachlaß Ulbricht (Dokument 4), das Schreiben Schäffers an Adenauer vom 21. Oktober 1958 (Dokument 5), das Interview von Müller vom 14. November 1958[97], Schäffers Ausführungen in dem Schreiben an Teske vom 25. November 1964 sowie die Darstellung in den „Erinnerungen" von Strauß. Insgesamt gesehen, bietet sich ein widersprüchliches Bild der Position, die Schäffer bezogen hat oder haben soll.

Auch dieses Mal soll die Initiative von Müller, unterdessen Generalstabschef der im Januar 1956 gegründeten Nationalen Volksarmee, möglicherweise auch über ihn von seiten Grotewohls oder anderer SED-Führer, ausgegangen sein. Jedenfalls war die Visite offen-

[93] Wortlaut der Memoranden in: Ebenda, S. 793 f.

[94] Wortlaut in: Ebenda, S. 813–824.

[95] Smirnow hatte am 3. 11. 1956 Bundespräsident Heuss das Beglaubigungsschreiben übergeben. Aufzeichnung in: PAAA, Abt. 7, Bd. 466. Vgl. „Schäffer beendet Rätselraten über Ulbrichts Andeutungen", in: „Stuttgarter Zeitung" vom 13. 11. 1958. „Schäffers Alleingang", in: „Frankfurter Allgemeine" vom 14. 11. 1958.

[96] Strauß, Erinnerungen, S. 189.

[97] Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 1, Erster Halbbd., S. 79 ff.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bar von DDR-Seite präzise vorbereitet und einer Falle ähnlich gestaltet. Am Tage vor dem Besuch Schäffers, wurde gemunkelt, habe „der ostzonale Staatssicherheitsdienst in sämtlichen Zimmern der Wohnung Mikrophone angebracht" und „die Tonbänder dieser Gespräche nicht nur nach Moskau geschickt, sondern auch den Engländern in die Hand gespielt"[98]. Spekulationen darüber wurden im November 1958 publik[99]. Adenauer zweifelte nicht daran, daß die Gespräche aufgezeichnet worden waren, mögliche Veröffentlichungen qualifizierte er von vorneherein als Fälschungen ab (Dokument 7).

In dem Schreiben an Teske bezeichnete Schäffer als Zweck seines Gesprächs mit Puschkin, „zu erkunden, ob eine Verständigung mit Sowjetrußland und eine Sicherung des Friedens überhaupt möglich sei". Sein Vorschlag sei dahin gegangen, „die Bevölkerung der Ostzone (und wenn gewünscht[,] die von ganz Deutschland) in einer Abstimmung erklären zu lassen, ob sie einen Zusammenschluß der Ostzone mit der Bundesrepublik wünsche, hierzu ein Jahr volle uneingeschränkte Redefreiheit in Ost und West". Die Aussichten hielt er für recht gering, die Notwendigkeit einer Klärung aber gegeben[100].

Daß Adenauer Schäffer diesmal nicht abgeraten, sondern seinerseits ein Interesse daran hatte, trotz des ersten Fehlschlags und der geringen Erfolgsaussicht ein erneutes Angebot nicht auszuschlagen, zumal die Antwortnote aus Moskau noch nicht auf dem Tisch lag, darauf deutet die Absprache mit Schäffer einen Tag vor der Reise hin. Am 19. Oktober 1956[101] wurde anscheinend zwischen beiden folgende Gesprächslinie vereinbart: Unterredung nur mit Puschkin führen, keine direkten Kontakte mit Vertretern der DDR-Regierung, da sie später als Verhandlungen und implizit als erster Schritt zu einer Anerkennung ausgelegt werden könnten, Erkundung, ob die Sowjets bereit sind, dem von Schäffer unterbreiteten Vorschlag zuzustimmen, nach einjähriger Vorbereitungszeit mit freier politischer Tätigkeit eine Nationalversammlung aus der Bevölkerung der beiden Teile Deutschlands zu bilden zur Verabschiedung einer „für ganz Deutschland geltenden Verfassung" (Dokument 5). Schäffer blieb damit zwar im Rahmen der von der Bundesregierung schon 1950 aufgestellten Forderung nach freien Wahlen zu einer Verfassunggebenden Versammlung[102]. Der Vorschlag schloß aber praktisch

---

[98] Teske, Gegenwart, S. 19.

[99] Der britische Labour-Abgeordnete Denis Healey sprach in einer Unterhaus-Rede am 27. 4. 1959 diesen Vorgang ebenfalls an: „Das Gerücht lief um, daß die Regierung ihrer Majestät eine Tonbandaufzeichnung dieser Unterredung besitzt." Wortlaut in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 1, Zweiter Halbbd., S. 1460–1466, hier S. 1461. Nach dem Tod von Müller 1961 sollen diese Befürchtungen in Bonn wieder aufgekommen sein. Vgl. „Die Tonbänder des Generals. Veröffentlichung über die Gespräche Schäffer–Vincenz Müller?", in: „Hannoversche Presse" vom 26. 5. 1961. Aufgrund dieser Informationen, die Schäffer angeblich „noch nicht wußte", soll er sich Teske gegenüber bereiterklärt haben, „aus dem Gedächtnis eine Dokumentation über seine damaligen Gespräche anzufertigen". Teske, Gegenwart, S. 19. Bislang sind solche Tondokumente noch nicht veröffentlich worden.

[100] Teske, Gegenwart, S. 20.

[101] Terminkalender Adenauer vom 19. 10. 1956 in: StBKAH 04.07. An dem Gespräch nahm auch Globke für einige Minuten teil.

[102] Wortlaut der Erklärung der Bundesregierung über die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen, 22. 3. 1950, in: Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in der ersten Phase der Wiedervereinigung den Verzicht auf freie Wahlen in den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie ein und signalisierte Bereitschaft, trotz KPD-Verbots die Kommunisten in der Bundesrepublik wieder frei agieren zu lassen.

Über den genauen Ablauf des Besuchs war der Kanzler angeblich nicht unterrichtet. Im November 1958 äußerte er sich gegenüber Bundespräsident Heuss „voll Unmut" über Schäffer[103], der ihm zwar von dem Besuch bei Puschkin erzählt, die Begegnung mit Müller allerdings verschwiegen habe.

Schäffer hatte wahrscheinlich das Treffen in der Wohnung Müllers in Berlin-Schmöckwitz, das drei Stunden gedauert haben soll[104], auch als persönliche Geste verstanden. Ungeachtet der Möglichkeit, dort ungeschützte Äußerungen Schäffers aufzunehmen und später als Druckmittel zu benutzen, bezweckte die Zusammenkunft wohl, Grotewohl Gelegenheit zur telefonischen Kontaktaufnahme mit Schäffer zu bieten, die sich gegebenenfalls als Beweis für direkte Verhandlungen zwischen Bonn und Ost-Berlin politisch ausschlachten ließen. Schäffer fiel auf diese Finte nicht herein.

„Während des Essens, das ihm General Müller damals gab", so soll er Teske 1964 erzählt haben, „rief der ostzonale Ministerpräsident Grotewohl ihn an und wollte mit ihm auf Regierungsebene Ost–West verhandeln." Schäffer habe abgelehnt, „da er nur privat bei seinem alten Freund Müller zu Besuch" gewesen sei[105]. In Schäffers Schreiben an Teske heißt es dazu, in der Wohnung von Müller sei „(in der Familie) nur von unpolitischen Fragen" gesprochen worden, „abgesehen von einem Telefonanruf an Vinzenz Müller von Grotewohl", der Schäffer „sprechen wollte". Müller habe Grotewohl auf Schäffers „Weisung hin" gesagt, daß er, Schäffer, „in Ost-Berlin Gespräche mit der Ost-Berliner Regierung nicht führen könnte"[106]. Diese Darstellung steht in Widerspruch zur Niederschrift über die Unterredung der beiden mit Puschkin (Dokument 4). Demnach führten Müller und Schäffer eine Art Vorgespräch, dessen politischer Inhalt der General zu Beginn der gemeinsamen Besprechung mit dem Botschafter wiedergab.

Über die Unterredung bei Puschkin hielt Schäffer im Jahre 1964 fest: „Wir (Vinzenz Müller und ich) fuhren in die russische Botschaft, wo zunächst General Müller sehr entschieden und klar ausführte, eine Verständigung sei nötig; alle militärischen Maßnahmen in der Ostzone seien Unsinn; die Deutschen der Ostzone ließen sich zu Kriegsmaßnahmen gegen Bundesdeutschland nie gebrauchen. Ich schloß an, daß die Stunde gekommen sei, wo wir bekennen müßten, ob wir gemeinsam den Frieden unter unseren

---

durch gesamtdeutsche Wahlen, Dokumente und Akten, I. Teil Oktober 1949–Oktober 1953, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn [4]1959, S. 9 ff.

[103] Theodor Heuss, Tagebuchbriefe 1955/1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper, hrsg. von Eberhard Pikart, Tübingen/Stuttgart 1970, S. 365.

[104] Vgl. die Interviews von Müller vom 14. 11. 1958 und vom 19. 11. 1958, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 1, Erster Halbbd., S. 80, 101 sowie „Schäffer bestreitet neue Angaben Müllers", in: „Frankfurter Allgemeine" vom 21. 11. 1958, wonach Schäffer durch einen Sprecher des Bundesjustizministeriums am 20. 11. 1958 erklären ließ, bei dem „zwei- bis zweieinhalbstündigen Gespräch mit Müller sei über rein persönliche Dinge gesprochen worden".

[105] Teske, Gegenwart, S. 18.

[106] Ebenda, S. 20 f.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Völkern suchten, ob wir die Völker ganz oder teilweise gegen ihren Willen fremder Herrschaft unterwerfen wollten. Ich wiederholte den Vorschlag, die *Völker* unbeeinflußt frei abstimmen zu lassen und nach dieser Abstimmung zu handeln. Der russische Botschafter hörte aufmerksam zu; ließ erkennen, daß er das Gespräch für wichtig halte und erklärte, es sofort nach Moskau zu berichten; ich würde dann für alle Beteiligten Bericht erhalten. Vinzenz Müller verließ (offenbar freudig erregt) die Gesandtschaft und glaubte schon, den Erfolg in Aussicht stellen zu können. Ich riet ihm, kühl und ruhig zu bleiben; wir hätten eine feste Zusage der verantwortlichen Regierungsseite noch lange nicht in der Hand; ich glaubte persönlich an einen offenen Erfolg sehr wenig; ich wollte Klarheit haben, ob Gesprächen mit Rußland von Regierung zu Regierung überhaupt eine Aussicht auf Erfolg gegeben werden könne."[107]

Diese Einschätzung Schäffers ist um so verständlicher, da Puschkin die Vorschläge des Ministers, bis zu den Bundestagswahlen im Sommer 1957 zwischen Bonn und Ost-Berlin geheime Verhandlungen auf der Ebene von Regierungsbeauftragten über mögliche Wege zur Wiedervereinigung zu führen, an die DDR-Regierung als zuständiges Organ verwiesen hatte und somit auf dem Standpunkt Moskaus beharrte, zunächst müßten deutsch-deutsche Regierungsverhandlungen geführt werden (Dokument 4). Ob diese Anregung zu geheimen Verhandlungen von Regierungsbeauftragten von Schäffer alleine kam oder mit Adenauer abgesprochen war, bleibt dahingestellt. „Kurze Zeit darauf", also Anfang November 1956, „waren die Ereignisse in Ungarn: der Einmarsch der Russen in Ungarn". Damit war für Schäffer „jede Hoffnung auf friedliche Einigung mit Rußland verschwunden. Die Russen ließen mir [Schäffer] das in Bonn durch einen angeblichen Pressemann auch sagen; ich habe den Bundeskanzler davon verständigt."

Von Konföderation also kein Wort? Der „Niederschrift der Unterredung" (Dokument 4) zufolge hat Müller in dem Gespräch zusammen mit Puschkin zu Beginn die in dem vorangegangenen Gespräch zwischen ihm und Schäffer von diesem geäußerten Gedanken wiedergegeben. Schäffer hat danach das Wort „Konföderation" nicht erwähnt, ein Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands in ähnlicher Form der Vereinigung der deutschen Bundesstaaten im 19. Jahrhundert aber für denkbar gehalten. Die ausdrückliche Versicherung Schäffers gegenüber dem Kanzler im Oktober 1958 (Dokument 5), daß „insbesondere die Frage der ‚Konföderation' dabei in keiner Weise berührt worden ist", trifft demnach nicht zu. Auch ist die Behauptung des Ministers nicht richtig, zu dieser Zeit, also Ende 1956, sei der Konföderationsgedanke „noch von keiner Seite überhaupt in Vorschlag gebracht worden". Tatsächlich erschien bereits am 30. Dezember 1956, neun Wochen nach der Unterredung Schäffers mit Puschkin, ein Artikel unter dem Namen von Ulbricht im „Neuen Deutschland", in dem der Gedanke einer Konföderation als Weg zur Wiedervereinigung propagiert wurde: „Nachdem in Deutschland zwei Staaten mit verschiedenen gesellschaftlichen Systemen bestehen, ist es notwendig, zunächst eine Annäherung der beiden deutschen Staaten herbeizuführen, später eine Zwischenlösung in Form der Konföderation oder Föderation zu finden, bis

[107] Ebenda, S. 21.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

es möglich ist, die Wiedervereinigung und wirklich demokratische Wahlen zur Nationalversammlung zu erreichen."[108]

Der Konföderationsgedanke soll in der SED-Führung einen Richtungsstreit ausgelöst haben. Von der Gruppe um Schirdewan und Wollweber[109] wurde berichtet, sie wäre bereit gewesen, den Vorschlag Schäffers anzunehmen, als Vorstufe freier Wahlen ein Jahr freie politische Agitation zuzulassen, und hätte schon Vorkehrungen zur Ausbildung der Funktionäre getroffen. Ulbricht habe sich mit seiner Meinung durchgesetzt, daß nichts riskiert werden dürfe[110].

Bereits im Dezember 1957 war Müller vom Dienst suspendiert worden, weil er sich angeblich gegen die Beschlüsse des Zentralkomitees der SED über die führende Rolle der Partei in der Volksarmee gestellt hat. Im März 1958 kursierten in West-Berlin Gerüchte über eine Offiziersverschwörung im Hauptquartier der NVA-Streitkräfte, an denen Müller „aus dem Hintergrund heraus maßgeblich beteiligt gewesen sein" soll[111].

Schäffer glaubte wohl stets an die Aufrichtigkeit des alten Schulfreundes. Sein Schreiben an Teske endete mit einer Art Ehrenerklärung: „Vinzenz Müller schrieb mir später, daß ein Verfahren der Ostzonenregierung gegen ihn liefe[112]; ich konnte und wollte das Schreiben nicht beantworten. Inzwischen ist er, wie ich höre, das Opfer geworden. Die Regierung der Ostzone hat die Sache dann später an die Öffentlichkeit gebracht; ich habe dann sofort dazu Stellung genommen. Dies ist meine Erinnerung. Ich halte Vinzenz Müller für einen Mann von Wahrhaftigkeit, der dem deutschen Gedanken dienen wollte."[113] Durch einen Fenstersturz aus seinem Haus verübte Müller am 12. Mai 1961 Selbstmord. Der Zufall wollte es, daß Schäffer an jenem Tage wieder in Berlin weilte[114] – als Vertreter des Bundeskanzlers bei der Trauerfeier für Jakob Kaiser, den ersten Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen.

---

[108] Abgedruckt in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe/Bd. 2, Zweiter Halbbd., S. 1002–1012, hier S. 1009.

[109] Karl Schirdewan (*1907), 1953–1958 Mitglied des Politbüros, Sekretär des Zentralkomitees der SED und zugleich Stellvertreter Ulbrichts, und Ernst Wollweber (1898–1967), 1954–1958 Mitglied des Zentralkomitees der SED, 1955–1957 Minister für Staatssicherheit, waren im Februar 1958 auf Betreiben Ulbrichts aus der SED ausgeschlossen worden. Carola Stern, Ulbricht. Eine politische Biographie, Köln-Berlin 1963, S. 204–210.

[110] Vgl. „War Schirdewan mit Schäffer einig?", in: „Frankfurter Allgemeine" vom 7.1. 1959. Auch: Despatch William R. Tyler, American Embassy, Bonn, an Department of State, No. 1055 am 14.1. 1959, in: National Archives and Records Administration, Washington D.C. (NARA), Department of State Files, RG 59, Box 3523.

[111] Vgl. „Zonen-Stabschef ausgebootet", in: „Die Welt" vom 27.3. 1958.

[112] Erst im September 1958 wurde offiziell bekannt, daß Müller wegen einer schweren Herzkrankheit in den Ruhestand versetzt worden sei. Bis 1958 war er Mitglied der Volkskammer, anschließend nur mehr Mitglied des Nationalrats der nationalen Front des demokratischen Deutschlands. Vgl. „Müller heute bei der SED in Ungnade gefallen", in: „Frankfurter Allgemeine" vom 15.11. 1958.

[113] Teske, Gegenwart, S. 21f.

[114] Vgl. „Rätselhafter Tod Vincenz Müllers", in: „Augsburger Allgemeine" vom 15.5. 1961. „Pankow bestätigt indirekt Selbstmord von General Müller", in: „Der Tagesspiegel" vom 17.5. 1961.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III.

Anhand der hier veröffentlichten Dokumente lassen sich drei Aspekte aufzeigen:

(1) Entgegen der öffentlichen Behauptung Schäffers, über Konföderation sei „überhaupt nicht gesprochen worden", geht, entsprechend der „Niederschrift der Unterredung", dieser Vorschlag *allem Anschein nach* auf ihn zurück. Ein weiterer Hinweis findet sich in den Akten der Grundsatz-Abteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR. In dem undatierten Dokument „Westliche Pläne zur Wiedervereinigung Deutschlands, die dem Gedanken der Konföderation Rechnung tragen" wird aufgeführt: „1. Der Plan Schäffers (von ihm Ende 1956 den Organen der DDR unterbreitet, durch die Stellungnahme in der DDR im November 1958 der Öffentlichkeit bekanntgeworden). Der Plan Schäffers sah eine Konföderation beider deutscher Staaten vor, die ähnlich der Vereinigung der Benelux-Staaten aussehen würde. Die ‚Zusammenarbeit' der Mitgliedstaaten sollte auf wirtschaftlichem Gebiet liegen. Nach einem bestimmten Zeitablauf (2 Jahre) sollten Wahlen stattfinden."[115]

Deutlich hervorzuheben ist aber, daß bislang nur Dokumente oder Quellenmaterialien aus dem Umfeld der DDR-Führung die These erhärten, daß Schäffer der Urheber des Konföderationsvorschlags von Ulbricht war. Bisher ist *keine westliche* Quelle veröffentlicht worden, aus der sich belegen läßt, daß Schäffer diesen Vorschlag im Gespräch mit Müller in dessen Wohnung unterbreitet hat. In dem Schreiben an Teske kommt das Wort „Konföderation" überhaupt nicht vor.

Mehrere Erklärungen sind möglich: Erstens, der Vorschlag stammt nicht von Schäffer. Das Dokument wurde erst später angefertigt, um Schäffer als Urheber des Vorschlags vorzuführen. Zweitens, der Gedanke wurde von Schäffer geäußert – so wie er sich eine Lösung der deutschen Frage vorstellte, aber nicht als Vorschlag unterbreitet. Die DDR-Führung stellte bei späterer Analyse des Gesprächs erst fest, daß hinter dem Gedanken der Konföderation vermutlich mehr steckt, nämlich eine neue Grundorientierung der Bundesregierung auf diesem Weg, parallel zur weiteren Integration in Westeuropa, auch einen Schritt in Richtung Wiedervereinigung zu tun. Tatsächlich hätte man dann die Absichten der Bonner Deutschlandpolitik falsch interpretiert. Doch war der Konföderationsgedanke damals angesichts der Brüsseler Regierungsverhandlungen der sechs Montanunion-Staaten über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in tagespolitischer Diskussion. Lag es nicht nahe, auch in der Deutschlandfrage auf diesem Weg voranzuschreiten? Möglich, daß im ZK der SED überlegt wurde, wie dieser Weg für eigene politische Ziele genutzt werden könnte. Drittens, sollte Schäffer unzweifelhaft der Urheber des Vorschlags gewesen sein, so ging er augenscheinlich damit über die mit Adenauer vereinbarten Gesprächslinien hinaus. Es ist anzunehmen, daß für den Preis vager Schritte zur Wiedervereinigung Adenauer nicht zum Verzicht auf die Aufrüstung bereit war, wie Schäffer seinerseits gegenüber Puschkin angedeutet haben soll. Vielleicht hat Schäffer nicht die Tragweite eines solchen Vorschlags, von der

[115] Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Berlin (MfAA), Bd. A 9604, Blatt 161.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DDR aufgegriffen, erkannt und die kontraproduktive Wirkung auf die Bonner Deutschlandpolitik falsch eingeschätzt. Das Modell setzte unter den Verhandlungspartnern – ob gewollt oder nicht – eine gewisse Gleichheit voraus, hätte also die DDR genau in die Position gehievt, die sie gegenüber Bonn anstrebte. Der Konföderationsvorschlag wäre dann für Ost-Berlin ein willkommenes Instrument zur Durchsetzung eigener Ziele gewesen.

(2) Adenauer war von Beginn an über die Verbindungen Schäffers unterrichtet. Ob er von dem geplanten Gespräch mit Puschkin im Juni 1955 wußte oder nicht, scheint nach *gegenwärtiger* Quellenlage unerheblich gewesen zu sein, da das Treffen nicht zustandekam. Adenauer hätte sich vermutlich auch ansonsten nicht anders verhalten. Die Gespräche fanden mit seinem Wissen statt. Er hatte Schäffer die Reise nicht untersagt. Doch war er klug genug, im Falle des Scheiterns in der Öffentlichkeit sich jederzeit davon distanzieren zu können. Adenauer gab damit zu erkennen, daß seine Deutschlandpolitik prinzipiell zweigleisig angelegt war. Im Gegensatz zu der öffentlichen Haltung und seinen Bestrebungen in den diplomatischen Verhandlungen mit den westlichen Verbündeten, die DDR weitgehendst durch eine Politik der Nichtanerkennung zu isolieren, hielt er sich doch eine alternative Option zumindest für den Fall offen, daß sich eine Gelegenheit zu Verhandlungen mit Moskau – auch auf dem Wege über Ost-Berlin – böte. Es war eine Politik des rationalen Kalküls, in einer so sensiblen Frage wie der Wiedervereinigung letztlich keine Haltung des Alles-oder-Nichts einzunehmen. Ein Mindestmaß an Flexibilität mußte er sich gegenüber der westlichen wie der östlichen Seite bewahren, ohne daß er im vorhinein grundsätzliche Positionen aufzugeben bereit war[116].

(3) Der politische Stellenwert dieser Gespräche war im Ergebnis gleich null. Die Initiativen hatten mehr den Anschein purer taktischer Manöver und implizierten wohl niemals Chancen auf substantielle Verhandlungen über die Wiedervereinigung. Müller und Schäffer erscheinen als Schachfiguren auf der Ost-West-Bühne, deren Bemühungen vorgeführt und die nötigenfalls auch geopfert wurden. Daß Vertraulichkeit für die SED nur ein politisches Instrument war, das zu gegebener Zeit eingesetzt wurde, bewies das zweijährige Schweigen bis zum Oktober 1958. In dem Moment, als es opportun erschien, öffentlichen Druck mit der Bekanntgabe dieser Gespräche zu erzeugen, wurden die Kontakte publik gemacht, die Wirkung des Chruschtschow-Ultimatums erhöht und Zweifel an der Verläßlichkeit der Haltung Bonns gestärkt[117]. Der Coup trug mit zur Erschütterung der Bonner Isolationsstrategie gegenüber dem SED-Staat bei. Denn in den folgenden Wochen spielte auch Adenauer unter dem Druck der Sowjets auf West-Berlin mit dem Gedanken einer De-facto-Anerkennung der DDR[118]. Ulbricht wird es wenig

[116] Hans-Peter Schwarz, Die deutschlandpolitischen Vorstellungen Konrad Adenauers 1955–1958, in: Ders. (Hrsg.), Entspannung und Wiedervereinigung, Rhöndorfer Gespräche Bd. 2, Stuttgart-Zürich 1979, S. 7–40, hier S. 25f.

[117] Vgl. „Schäffers Gespräche als Agitationsstoff der SED", in: „Neue Zürcher Zeitung" vom 17.11. 1958.

[118] Vgl. die Dokumentation des Verf., Kanzler in der Krise. Journalistenberichte über Adenauers Hintergrundgespräche zwischen Berlin-Ultimatum und Bundespräsidentenwahl 1959, in: VfZ 36 (1988), S. 733–768, insbes. S. 749.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

interessiert haben, aus welcher „Küche" der Vorschlag kam, vorausgesetzt es diente den Zielen der SED. Aus der Sicht der Bundesregierung war es sicher mißlich, wenn sich bewahrheitete, daß aus ihren Reihen die Idee kam, womit sie einige Jahre international in der Deutschlandpolitik von der DDR traktiert wurde.

IV.

Bei der publizierten „Niederschrift der Unterredung" (Dokument 5) ist weder der Verfasser erkenntlich, noch sind die teilnehmenden Personen oder ein Datum aufgeführt. Auch im Umfeld des Fundortes im Nachlaß Walter Ulbricht gibt es keine weiteren Hinweise, von wem das Dokument verfaßt und Ulbricht zugeleitet wurde. Trotz der Überlieferungslücken handelt es sich unzweifelhaft um eine Aufzeichnung über das Gespräch zwischen Schäffer, Müller und Puschkin, dem, nach Äußerungen Schäffers, noch ein weiterer Botschaftsvertreter beigewohnt haben soll[119]. Drei Indizien sprechen eindeutig dafür: Zum einen der offensichtlich von Ulbricht stammende handschriftliche Vermerk: „Besprechung Sch. und P.", Abkürzungen für die Namen „Schäffer" und „Puschkin"; zum anderen die Auflösung der verwandten Initialen der Gesprächsteilnehmer: „K.", vermutlich als Abkürzung für „Kontaktmann", womit Schäffer gemeint war, „F." vielleicht die Abkürzung für „Freund", die Bezeichnung für Puschkin, und „M." die Bezeichnung für „Müller". Das schließlich wichtigste Argument für die Authentizität ist die Tatsache, daß alle erwähnten und nachprüfbaren Fakten auf die genannten Personen und die von ihnen erwähnten Vorgänge zutreffen, soweit sie nicht zugeschriebene Meinungsäußerungen wiedergeben. Passagen der Äußerungen Müllers in dem Interview vom 14. November 1958[120] über die Gesprächsinhalte stimmen mit den hier wiedergegebenen Ausführungen überein.

Zwei Aufzeichnungen aus dem Nachlaß Adenauers, die Auswertung des Nachlasses von Fritz Schäffer, dessen veröffentlichte, aber bislang kaum berücksichtigte Stellungnahme über seine Ost-Berliner Gespräche, sowie einige jüngere Veröffentlichungen erlauben eine bessere Beurteilung, wenn auch nicht endgültige Aufklärung aller Hintergründe dieser Kontakte. Nach wie vor ist ein genaueres Bild über die Intentionen der DDR-Führung, den Stellenwert, den die sowjetische Seite dem Gespräch beigemessen hat, und die stattgefundenen Abstimmungen zwischen Ost-Berlin und Moskau noch nicht zu bekommen.

[119] Vgl. „Schäffer äußert sich über sein Gespräch", in: „Stuttgarter Zeitung" vom 17. 11. 1958.
[120] Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 1, Erster Halbbd., S. 79ff.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumente

Dokument 1[121]
Der Bundesminister der Finanzen Bonn, 9. Juni 1955

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Der Ihnen von mir genannte deutsche Mann in Berlin[122] hat sich neuerlich mit der dringenden Bitte an mich gewandt, ich möchte meine bisherige ablehnende Haltung aufgeben und doch zu einer persönlichen Aussprache nach Berlin kommen.

Er ließ mir versichern, daß die Unterredung zum Ziele habe, mir vertrauliche Informationen zu geben, die ich Ihnen weiterleiten solle zur Verwertung bei den Gesprächen, die Sie in diesen Tagen mit den Staatsmännern der uns verbündeten Länder führen werden[123]. Diese Informationen sollen nach einer bestimmten Erklärung dazu dienen, den Erfolg der bevorstehenden Viererkonferenz zu sichern.

Ich weiß, daß ich persönlich ein hohes persönliches Wagnis eingehe, wenn ich dieser Einladung folge.

Ich muß aber die Möglichkeit, daß der Vorschlag ehrlich gemeint ist, nach dem bisherigen Verhalten des genannten Mannes als gegeben erachten und bin daher bereit, das Wagnis zu laufen.

Über das Ergebnis werde ich Ihnen – und zwar nur Ihnen – sofort berichten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr ergebener
gez. Fritz Schäffer

Dokument 2[124]
Der Bundesminister
des Auswärtigen

Aufzeichnung

Am Mittwoch, den 15. Juni [1955] rief mich Herr Bundesfinanzminister Schäffer an und bat um eine mündliche Rücksprache in einer dringenden Angelegenheit. Wir verabredeten uns auf 20 Uhr in meinem Fraktionszimmer.

Herr Schäffer verwies zunächst auf die Vertraulichkeit des Gesprächs und behändigte mir dann ein Schriftstück mit der Bitte, es unverzüglich dem Herrn Bundeskanzler zu übermitteln. Aus dem kurzen Gespräch gebe ich folgendes wieder:

Auf die Frage nach dem Sachverhalt, der mir völlig unklar war, erklärte Herr Schäffer, daß ein Mittelsmann ihm eine Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter Puschkin in Aussicht gestellt habe. Zur Person des Mittelsmannes äußerte er lediglich, daß es sich um einen

[121] BA, NL Schäffer 168/43, Blatt 27a, mit Stempel „Streng Geheim" und Vermerk „Abschrift von Abschrift".

[122] Gemeint: Vincenz Müller.

[123] Zu den Unterredungen Adenauers mit Eisenhower und Dulles vom 13. bis 15. 6. 1955 in Washington, dem Treffen mit den Außenministern der drei Westmächte am 16./17. 6. 1955 in New York sowie seinem Gespräch mit dem britischen Premierminister Eden am 19. 6. 1955 in Chequers: Adenauer, Erinnerungen, S. 455–465.

[124] StBKAH III/40, mit Stempel „Streng geheim".

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kaufmann[125] handele, der auch in die Ost-West-Geschäfte eingeschaltet sei. Er habe dem Herrn Bundeskanzler von dieser Anregung berichtet und sei im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler nach Berlin gefahren. Dort sei er in einem russischen Wagen abgeholt worden; wo er abgeholt wurde und wohin er gebracht wurde, ergab sich nicht aus diesem Gespräch. An Ort und Stelle angekommen, habe sich Herr Puschkin verleugnen lassen. Er habe sich dann etwa $^3/_4$ Stunden mit zwei Botschaftssekretären unterhalten und sei wieder zurückgefahren. Die Aufzeichnung, die er mir übergab, sei ihm am Nachmittag des 15. zugegangen.

Ich stellte keine weitere Frage, sondern äußerte nur meine Bedenken, diese Mitteilung nach USA weiterzugeben. Herr Schäffer bat jedoch darum mit dem Hinweis, daß er dem Herrn Bundeskanzler zugesagt habe, ihn unverzüglich zu unterrichten, wenn er in dieser Sache etwas höre. Herr Schäffer fügte hinzu, daß Herr Staatssekretär Hallstein unterrichtet sei, der schon eine erste Nachricht[126] über den Mißerfolg seiner Unterredung in Berlin an den Herrn Bundeskanzler durchgegeben habe.

Ich bat meinen Persönlichen Referenten, Herrn Gesandtschaftsrat Limbourg[127], zu mir. Das Telegramm wurde in seiner Anwesenheit aufgenommen und von ihm selbst zur Chiffrierabteilung gebracht. Ich ordnete noch an, daß das Telegramm an die Botschaft nach Washington gehen solle, da ich der Meinung war, daß dort größere Sicherheit für eine absolut vertrauliche Behandlung bestehe als etwa im Generalkonsulat in New York[128].

Am nächsten Morgen unterrichtete ich den Herrn Staatssekretär[129]. Aus diesem Gespräch entnahm ich, daß er von dem ganzen Vorgang auch nichts wußte. Er hatte lediglich am Tage vorher auf Veranlassung von Herrn Schäffer das bekannte Telegramm durchgegeben, daß „der Herr Botschafter sich habe verleugnen lassen".

Die Unterschrift des zweiten Telegramms mit der einzigen Durchschrift wurde in Verschlußmappe in den Panzerschrank gelegt.

Dem Herrn Bundeskanzler persönlich [hs.] v. Brentano

Dokument 3[130]

Streng Geheim!

Zur Aufzeichnung des Herrn Bundesministers von Brentano vom 22. Juni 1955[131] stelle ich folgendes fest:

Einige Zeit[132] vor meiner Reise nach Washington kam Herr Bundesfinanzminister Schäffer zu mir und sagte mir, daß der frühere deutsche General, jetzt Kommandeur der Volkspolizei, Vinzenz Müller[,] sich durch einen deutschen Großkaufmann, der zuverlässig sei, an ihn gewandt habe mit der Frage, ob eine Verhandlung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Sowjetrußland nicht möglich sei. Herr Schäffer charakterisierte den General Vinzenz Müller dahin, daß er bayerischer Herkunft und in Metten bei den Benediktinern erzogen sei.

---

125 Dr. Hans Kapfinger (1902–1985), Verleger und Chefredakteur der „Passauer Neuen Presse". Hinweis bei Strauß, Erinnerungen, S. 188.

126 Im PAAA, Bestand Akten Ministerbüro, nicht zu ermitteln.

127 Peter Limbourg (*1915), 1955–1961 Persönlicher Referent von Brentanos.

128 Im PAAA, Bestand Akten Ministerbüro, nicht zu ermitteln.

129 Professor Dr. Walter Hallstein (1901–1982), 1951–1957 Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

130 StBKAH III/40, Durchschlag.

131 Vgl. Dokument 2.

132 Dem Terminkalender Adenauers zufolge fand das Gespräch am 6. 5. 1955 statt, in: StBKAH 04.06.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Er habe, als er seinerzeit bei Stalingrad in russische Gefangenschaft geraten sei, nach wenigen Tagen über den russischen Soldatensender gesprochen[133]. Aber vielleicht sei er damals verärgert und enttäuscht gewesen über Hitler und habe dadurch beeinflußt dies getan[134]. Er, Schäffer, habe dem Mittelsmann geantwortet, er würde mir von der Anfrage Mitteilung machen.

Ich habe Herrn Schäffer gesagt, Verhandlungen seien natürlich immer möglich, aber es komme auf den Inhalt der Verhandlungen an.

Herr Schäffer kam wenige Tage vor meiner am 12. Juni erfolgten Abreise von neuem zu mir[135] und sagte mir, Vinzenz Müller habe sich durch denselben Kaufmann wieder an ihn gewendet und ihn gebeten, doch in Berlin mit ihm zusammenzutreffen. Ob ich damit nicht einverstanden sei?

Ich habe Bedenken geäußert gegen das Zusammentreffen zwischen Herrn Minister Schäffer und dem Herrn Vinzenz Müller. Schließlich sagte Schäffer, er sei der Auffassung, er, Schäffer, solle es doch riskieren, diese Verbindung aufzunehmen. Vielleicht sei doch ein Ergebnis möglich. Ich habe ihm erwidert, ich könne ihn schließlich verstehen, wenn er der Überzeugung sei, daß eine, wenn auch sehr geringe Möglichkeit vorhanden sei, die schwierige Situation zu entspannen, er sich im Gewissen verpflichtet fühle, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Ich meinerseits sei aber jetzt im Begriff nach Washington zu fliegen. Das Vertrauen der dortigen Persönlichkeiten zu mir und zu meiner Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit sei unbedingt notwendig, er, Schäffer, möge mir, wenn er es wirklich unternehmen wolle, mit Vinzenz Müller zusammenzutreffen, schreiben über diese seine Absicht. Ich würde diesen Brief Staatssekretär Dulles vorlesen. Herr Schäffer erwiderte mir, er werde nach Berlin fliegen wegen der Straßenbenutzungsgebühren. Er werde dann in den Ostsektor gehen, da ja Vinzenz Müller nicht in den Westsektor kommen könne und werde dort in irgendeinem Café sich mit Vinzenz Müller treffen und von ihm hören, was es denn gebe. Er werde mir einen solchen Brief schicken. Er schrieb mir darauf[136] mit Datum vom 9. Juni 1955 einen Brief wie folgt:

[. . .][137]

Ich habe Herrn Dulles diesen Brief vorgelesen[138]. Ich hatte keine Ahnung, daß Herr Schäffer beabsichtigt hatte, zu Puschkin zu gehen.

Bonn, am 30. Juni 1955 [hs.] A
(Adenauer)

‚Das Original dieser Aufzeichnung habe ich am 30. 6. Herrn v. Brentano für die Akten des A. A. übergeben. Adenauer 30/6'[139]

---

[133] Müller sprach am 5. 9. 1944 als Mitarbeiter des Senders des Nationalkomitees „Freies Deutschland" erstmals einen Kommentar über „Die militärische Katastrophe Hitlerdeutschlands". Mammach, in: Müller, S. 82; Wortlaut der Ausführungen S. 417 ff.

[134] Ebenda, S. 394–411.

[135] Gemeint ist die Unterredung am 7. 6. 1955, in: StBKAH 04.06.

[136] Nach Adenauers Terminkalender traf er mit Schäffer nochmals am 10. 6. 1955 zusammen, in: StBKAH 04.06.

[137] Vgl. Dokument 1.

[138] Memorandum Merchant, 15. 6. 1955, in: FRUS, 1955–1957 Vol. V, S. 228.

[139] Hs. vermerkt.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 4[140]

Wiedervereinigung[141]

6 Exemplare

Streng vertraulich!

„Besprechung Sch[äffer] und P.[uschkin]"[142]

NIEDERSCHRIFT DER UNTERREDUNG

K. [Schäffer] bittet nach einigen Begrüßungsworten, daß M. [Müller] den Inhalt des Gesprächs wiedergibt, das zwischen ihnen am selben Tage stattgefunden hatte. K. [Schäffer] betonte, er hoffe, daß in Bonn niemand von seinem Besuch in der Botschaft erfährt. Er sei, wie er sagte, ganz offiziell nach Berlin gekommen, um sich mit der Bautätigkeit in Westberlin bekanntzumachen.

F. [Puschkin] sagt, daß er keinen Grund sehe, diese Begegnung an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen.

K. [Schäffer] sagt, er hätte sich schon davon überzeugen können und stelle mit Befriedigung fest, daß sein erster Besuch in Ostberlin geheim geblieben ist.

F. [Puschkin] bemerkt, es sei im Juni [1955] gewesen, als man ihm den Wunsch von K. [Schäffer] nach einer Begegnung mitgeteilt habe. Leider sei K. [Schäffer] zu einer Zeit nach Berlin gekommen, als F. [Puschkin] in Moskau war.

K. [Schäffer] bestätigt dies und sagt, daß er damals ein Gespräch mit anderen Herren hatte, aber eine interessante Unterhaltung sei nicht herausgekommen. Er bitte jetzt um ein offenes Gespräch.

F. [Puschkin] stimmt zu, daß das Gespräch offen sein soll und daß sich die Partner nicht durch ihre dienstliche Stellung behindert fühlen sollen.

K. [Schäffer] betont, daß er als Mensch zu Mensch sprechen möchte.

M. [Müller] berichtet über den Inhalt seiner Unterhaltung mit K. [Schäffer]. Er sagt, daß K. [Schäffer], um etwas Reales in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands und der Verteidigung des Friedens zu tun, die Reise hierher in der Hoffnung unternommen habe, daß dieser Besuch Nutzen bringt. Wichtig sei es nach der Meinung K[Schäffer]'s, Bedingungen zu schaffen, damit man zu einer einheitlichen Auffassung kommen kann. Dabei müsse man von den realen Tatsachen ausgehen. Es bestehen zwei deutsche Staaten, von denen der eine den anderen gegenwärtig nicht anerkennt. Deshalb müßten vorerst Wege und Mittel in inoffiziellen Aussprachen gefunden werden. Dann könnte auch die Möglichkeit für offizielle Verhandlungen geschaffen werden. Nach K[Schäffer]'s Auffassung müsse die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage einer Föderation erfolgen. Ein Beispiel dafür würden die Benelux-Länder liefern, welche zeigen, wie man von der Zusammenarbeit zur Vereinigung übergehen kann. Man müsse auch über die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen zu einer einheitlichen Meinung gelangen. Aber vor der Schaffung dieser Voraussetzungen müsse gesichert werden, daß niemand diese Vereinigung hindert. Eine der Voraussetzungen für die Wiedervereinigung müsse die Beschränkung der Streitkräfte sein.

F. [Puschkin] fragt, welche Beschränkung gemeint ist.

K. [Schäffer] antwortet, man meine eine Vereinbarung zwischen den beiden deutschen Staaten über die Fortsetzung der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte entsprechend der Bevölkerungsgröße.

---

[140] IfGA, ZPA, NL Walter Ulbricht 182/1305, Blatt 343–358.

[141] Mit Bleistift hs. vermerkt.

[142] Mit Rotstift – wahrscheinlich von Ulbricht – hs. vermerkt.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

M. [Müller] fährt fort, die Ansichten K[Schäffer]'s darzulegen. Das wiedervereinigte Deutschland dürfe keiner Gruppierung angehören. Die Besonderheiten, die sich in den letzten 10 Jahren in Ostdeutschland entwickelt haben, werden nicht mechanisch auf Westdeutschland übertragen. Andererseits gefällt es K. [Schäffer] nicht, daß die Großindustrie in Westdeutschland mit ihren bedeutenden internationalen Verbindungen einen stets zunehmenden Einfluß auf den Staat ausübt.

K. [Schäffer] präzisiert, daß er nicht die direkte Einflußnahme auf bestimmte politische Entscheidungen meine, sondern die Konzentration der wirtschaftlichen Macht in den Händen einiger Menschen.

M. [Müller] sagt, daß dann von den Methoden die Rede gewesen sei. Wie K. [Schäffer] glaubt, müsse man vorerst vertrauliche, geheime Kontakte in solchen Fragen herstellen, über die man bereits die gleiche Meinung hat oder über die man sich nicht verständigen kann. Fragen aber, über die es größere Meinungsverschiedenheiten prinzipieller Art gibt, sollten vorläufig nicht berührt werden. K. [Schäffer] lege als Christ besonderen Wert auf den Umstand, daß kein Druck in den Fragen der Weltanschauung ausgeübt wird, insbesondere nicht in den Fragen der Religion. M. [Müller] teilt mit, K. [Schäffer] habe seinen Vorschlag, mit Ministerpräsident Otto Grotewohl[143] zu sprechen, abgelehnt. Seine Ablehnung erklärt K. [Schäffer] damit, daß er in Anbetracht der Beziehungen zwischen West- und Ostdeutschland eine solche Begegnung gegenwärtig einfach nicht für zweckmäßig halte.

K. [Schäffer] unterbricht M. [Müller] und sagt, daß Grotewohl Mitglied der Regierung ist; er selbst sei bereit, mit einem Bevollmächtigten zu sprechen, nicht aber mit einem Mitglied der Regierung.

M. [Müller] meint, er habe K. [Schäffer] gesagt, daß er als General nicht an Verhandlungen teilnehmen könne. K. [Schäffer] sei damit einverstanden gewesen.

Resümierend sagt M. [Müller] über seine Aussprache mit K. [Schäffer], daß K. [Schäffer] die Herstellung von Kontakten als die Hauptsache betrachte, vorerst von inoffiziellen Kontakten, aber mit Kenntnis der entsprechenden Regierungen, um dann später zu offiziellen Kontakten überzugehen. Dabei sei K. [Schäffer] gewillt, nur im Einverständnis mit seinem obersten Chef (gemeint ist Adenauer) zu handeln, und er hoffe auch, vorläufig nur die Billigung seines obersten Chefs zu erhalten. Die Öffentlichkeit könne man dann zum Sommer des nächsten Jahres unterrichten, indem man die ersten Ergebnisse dieser Kontakte mitteilt.

K. [Schäffer] sagt, er hoffe, wie auch schon M. [Müller] mitteilte, daß ein gemeinsamer Weg gefunden werden kann. Dazu müsse er vorher mit seinem Chef sprechen, damit dieser ihm oder einer anderen Person die Vollmacht zu Verhandlungen im eigenen Namen erteilt, ohne die Öffentlichkeit darüber in Kenntnis zu setzen.

F. [Puschkin] fragt, weshalb es notwendig sei, die Verhandlungen geheimzuhalten.

K. [Schäffer] antwortet, daß in demselben Augenblick, wenn auch nur ein Wort über die Verhandlungen in die Öffentlichkeit gelangt, die verschiedenen Richtungen in der Bundesrepublik darüber herfallen werden: jeder wird anfangen Forderungen zu stellen, der eine diese, der andere jene. Ein Kontakt würde dann unmöglich. Jetzt gehe es darum, selbst die Möglichkeit von Verhandlungen geheimzuhalten und erst einmal eine gemeinsame Auffassung im Grundsätzlichen zu erreichen. Wenn das getan ist, dann bestehe keine Gefahr mehr, daß die Verhandlungen hintertrieben werden.

---

[143] Otto Grotewohl (1894–1964), 1946–1954 zusammen mit Wilhelm Pieck Vorsitzender der SED, 1949–1964 Ministerpräsident der DDR.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

F. [Puschkin] möchte wissen, welche Einstellung das Kabinett in Bonn zu der von K. [Schäffer] geäußerten Idee hat.

K. [Schäffer] erklärt, daß er, ehrlich gesagt, jetzt überhaupt weder mit dem Kabinett noch mit dem Kanzler sprechen möchte. Wenn man jetzt diese Frage vor dem ganzen Kabinett stelle, so wisse er nicht, ob dies nicht morgen in der Presse erscheine. Aber das dürfe nicht geschehen, weil er nicht wolle, daß die Handlungen Westdeutschlands von den Amerikanern, Engländern und Franzosen als unehrlich bewertet werden, ebensowenig wie er wolle, daß die Handlungen Ostdeutschlands von den Russen verurteilt werden. Deshalb wolle er erst einmal wissen, welche Möglichkeit überhaupt besteht, im Interesse der Erhaltung des Friedens eine vernünftige Lösung zu finden.

F. [Puschkin] fragt, wie sich Adenauer zu den Vorschlägen K[Schäffer]'s verhalten wird. Die kriegerischen Reden des Kanzlers würden doch nicht davon zeugen, daß Adenauer eine Position der friedlichen Lösung ‚in'[144] der Wiedervereinigungsfrage bezogen hat.

K. [Schäffer] sagt, er wünsche, daß der Kanzler ihm oder einer anderen Person Vollmacht erteile, um Möglichkeiten für eine friedliche Lösung der Wiedervereinigung Deutschlands zu suchen. Er sei dafür, daß die Bundesrepublik auf alle internationalen Bindungen und Bündnisse verzichtet, die der Wiedervereinigung nicht dienlich sind. Er meine jedoch, daß man, solange noch keine Verständigung erzielt ist, nicht schutzlos in den Beziehungen zwischen den Staaten dastehen dürfe.

K. [Schäffer] erklärt weiter, daß eine Fortsetzung seiner Verhandlungen nur mit Einverständnis des Kanzlers geschehen könne. Er betont, daß er diese Verhandlungen sobald als möglich führen möchte, um zum Sommer schon bestimmte Erfolge zu haben und dann öffentlich von den Verhandlungen zwischen den Regierungen sprechen zu können. Das wird vom Volk bei den Wahlen im September [1957][145] entsprechend eingeschätzt werden, und das wird auch seine Rolle bei der Bestimmung der Linie der künftigen Regierung spielen.

F. [Puschkin] sagt, den Verhandlungen werde dann Bedeutung zukommen, wenn sie durch Maßnahmen der Bundesregierung bekräftigt werden, die zur Milderung der Spannungen in Deutschland beitragen. Jetzt sei die Situation so, daß die Entwicklung in Westdeutschland sehr ernsthafte Befürchtungen bei der Sowjetunion, den Ländern der Volksdemokratie und den Nachbarn Deutschlands hervorruft. In Westdeutschland wurde offen Kurs auf die Remilitarisierung genommen, Westdeutschland gehört Blockbildungen an, die der Sowjetunion feindlich sind, die allgemeine Wehrpflicht wurde eingeführt[146], demokratische Organisationen verboten, den SS-Leuten werden alle Ehren zuteil. Alle diese Maßnahmen bestimmen eben den heutigen politischen Kurs in der Bundesrepublik. Außerdem muß bemerkt werden, daß ein beliebiger Schritt der Sowjetunion, der auf die Milderung der Spannungen abzielt, eine negative Reaktion in Bonn auslöst. Das zeigt sich zum Beispiel in der Abrüstungsfrage: mit anderen Ländern wurde eine gewisse Verständigung erreicht, aber nicht mit Westdeutschland, das eine Politik der Aufrüstung durchführt.

K. [Schäffer] sagt, er könne offen erklären, daß die Frage der Wiedervereinigung unzweifelhaft den Verzicht Westdeutschlands auf diesen Kurs in sich schließe. Dann behauptet er, daß es in der Bundesrepublik niemanden gäbe, der einen Krieg in Deutschland wolle, auch im

---

[144] Hs. eingefügt.

[145] Gemeint: Wahl zum 3. Deutschen Bundestag am 15. 9. 1957.

[146] Am 6./7. 7. 1956 hatte der Deutsche Bundestag in dritter Lesung das Wehrpflichtgesetz verabschiedet. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode 1953–1957, Stenographische Berichte, 159. Sitzung, Bonn 1956, S. 8759–8894; Drucksachen 2303 und 2575.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verteidigungsministerium nicht. Deutschland fühle sich, ganz abgesehen von moralischen Überlegungen, viel zu schwach, um, selbst im Namen der Wiedervereinigung, einen Krieg zu führen. Deutschland sei keine Großmacht und werde es auch nicht. Deutschland wolle den Frieden. Deutschland könne letzten Endes nur dann die Wiedervereinigung erreichen, wenn es auf jegliche militärische Mittel verzichte.

Die Frage der SS-Leute, die nicht nur in Deutschland, sondern auch in der ausländischen Presse soviel böses Blut gemacht hat[147], könne durch zusätzliche Erläuterungen hinfällig gemacht werden. Was die Hauptfragen angeht, so wolle Deutschland die Wiedervereinigung nur auf friedlichem Wege, der einen Krieg ausschließt. Es müsse sich selbstverständlich das Vertrauen derjenigen erwerben, die ihre Truppen in Deutschland haben, ob es sich nun um Westdeutschland oder Ostdeutschland handele. Das sei die Zwangslage Deutschlands. Bisher habe sich Deutschland hilflos und schutzlos gefühlt, und die auf deutschem Boden stationierten ausländischen Truppen seien gegen seinen Willen ein solcher Schutz gewesen. Die von Westdeutschland abgeschlossenen Verträge würden eine Klausel enthalten, die eine Befreiung von den übernommenen Verpflichtungen ermöglicht[148]. Die Befreiung von den vertraglichen Verpflichtungen sei die Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands. Weiterhin sagt K. [Schäffer], daß ein Mann, der mit Kenntnis und im Auftrag seiner Regierung das Risiko übernimmt, aber formal in seinem eigenen Namen die Verhandlungen mit dem anderen Partner führt, die Möglichkeiten für die Erreichung dieses Zieles klären muß. Er möchte ganz besonders vertraulich behandelt wissen, was er heute bereits M. [Müller] mitgeteilt habe, nämlich daß der neue Verteidigungsminister Strauß[149] sein (d.h. K[Schäffer]'s) Freund sei. Deshalb nehme er an, die Pläne von Strauß zu kennen. Das berechtigte ihn dazu, die Frage heute so zu stellen, daß Westdeutschland auf ein Abkommen mit Ostdeutschland über die Festsetzung der Stärke der Streitkräfte entsprechend der Bevölkerungsstärke eingehen werde. Er sagt, daß er nicht die Atomfrage berühren werde, da Deutschland den bestehenden Verträgen zufolge keine Atombombe haben dürfe[150]. Die Ausnutzung der Atomenergie dürfe ausschließlich nur zu friedlichen Zwecken erfolgen.

---

147 Anspielung auf die Arbeit des Personalgutachterausschusses für die Streitkräfte, der mit dem ersten Wehrgesetz am 23.7. 1955 eingesetzt worden war. Dem Ausschuß oblag die Aufgabe, die persönliche Eignung einzustellender Offiziere, vom Oberst an aufwärts, zu prüfen und Richtlinien über das Überprüfungsverfahren der übrigen Soldaten vorzuschlagen. Viktor Renner, Der Personalgutachterausschuß, in: Politische Studien 6 (1955) H. 68, S. 28–34. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 25 vom 6.2. 1958, S. 217ff. Ulrich de Maizière, Führen – im Frieden. 20 Jahre Dienst für Bundeswehr und Staat, München 1974, S. 78–83.

148 Artikel 10 des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten in der am 23.10. 1954 in Paris unterzeichneten Fassung legte fest, daß die Unterzeichnerstaaten die Bestimmungen dieses Vertrages und der Zusatzverträge überprüfen „(a) auf Ersuchen eines von ihnen im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands oder eine unter Beteiligung oder mit Zustimmung der Staaten, die Mitglieder dieses Vertrags sind, erzielten internationalen Verständigung über Maßnahmen zur Herbeiführung der Wiedervereinigung Deutschlands oder der Bildung einer europäischen Föderation, oder (b) in jeder Lage, die nach Auffassung aller Unterzeichnerstaaten aus einer Änderung grundlegenden Charakters in den zur Zeit des Inkrafttretens des Vertrags bestehenden Verhältnisses entstanden ist." Wortlaut in: Bundesgesetzblatt 1955, II, S. 306–320.

149 Franz Josef Strauß (1915–1988), 1955–1956 Bundesminister für Atomfragen, hatte am 16. 10. 1956 das Amt des Bundesministers der Verteidigung übernommen. Strauß, Erinnerungen, S. 268–296.

150 Gemeint ist die Verzichtserklärung Adenauers auf die Herstellung von ABC-Waffen während der

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

F. [Puschkin] sagt, er glaube daran, daß K. [Schäffer] nach Wegen für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands sucht. Aber in Westdeutschland sei jetzt die Idee vorherrschend, die Wiedervereinigung durch die Aufrüstung Westdeutschlands zu erreichen. Es sei nicht schwer zu begreifen, daß dies keineswegs eine friedliche Idee ist. Außerdem würden in der Presse – nicht nur in der Presse, sondern auch in den Reden solcher verantwortlichen Persönlichkeiten wie Heusinger[151] – Pläne für die Organisation eines „kleinen" oder „lokalen" Krieges[152] in Deutschland mit dem Ziel der Wiedervereinigung entwickelt. Solche Herren könne man nur schwer verstehen. Es sei doch völlig klar, daß von einem „kleinen" Krieg in Deutschland überhaupt nicht die Rede sein kann. Der Krieg könne hier, wenn er ausbricht, nur ein großer sein; und bei der heutigen Technik würde Deutschland buchstäblich in wenigen Stunden vernichtet sein.

K. [Schäffer] erklärt, mit Plänen eines „kleinen" Krieges könnten sich nur Irrsinnige tragen.

F. [Puschkin] erinnert daran, daß der Vorschlag begrenzter Streitkräfte in Ost- und Westdeutschland durch die Verständigung zwischen der DDR und der Bundesrepublik nicht neu ist. Der Ministerpräsident der DDR, Grotewohl, hat schon längst vorgeschlagen, über solche Fragen wie das Verbot von Atomwaffen auf deutschem Boden, der Verzicht auf die Militärdienstpflicht, die Schaffung begrenzter Streitkräfte u. a. zu verhandeln[153]. Aber die Regierung

---

neunten Sitzung der Londoner Neunmächte-Konferenz am 2. Oktober 1954. Die Verzichtserklärung, die bisher nur in französischer Sprache veröffentlicht worden ist: „Je suis prêt, au nom de la République fédérale d'Allemagne, que nous renonçons de plein gré à la production des armes A, B et C." Documents Diplomatiques Français (DDF) 1954, Annexes (21 juillet–31 décembre 1954), hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Paris 1987, S. 195–205, hier S. 205, Diskussion über die Kontrolle der Produktion in der 10. Sitzung vom 2. 10. 1954, S. 207–221. Schwarz zufolge war der Kanzler „zu keinem Zeitpunkt" gewillt, den Status einer Nicht-Nuklearmacht auf Dauer anzuerkennen. Auch der von Adenauer in seinen Erinnerungen 1953–1955, Stuttgart 1966, S. 347, Dulles zugeschriebene Hinweis auf den Begriff der „clausula rebus sic stantibus" wurde in diesen Verhandlungen offenbar nicht erwähnt. Hans-Peter Schwarz, Adenauer und die Kernwaffen, in: VfZ 37 (1989), S. 567–593, hier S. 578.

151 Adolf Heusinger (1897–1982), General, 1955–1957 Vorsitzender des Militärischen Führungsrates im Bundesministerium der Verteidigung, 1957 erster Generalinspekteur der Bundeswehr.

152 Heusinger hatte am 3. 2. 1956 vor dem Verteidigungsrat und am 22. 2. 1956 vor dem Bundeskabinett Vorträge über „Die operative Planung im Atomkrieg" gehalten und dabei Zweifel an der These geäußert, daß jede militärische Ost-West-Konfrontation von Beginn an ein weltweiter Krieg mit atomaren Waffen sein werde. Seiner Ansicht nach könne es auch „kleine Kriege" geben, begrenzte Konflikte, die mit konventionellen Mitteln ausgetragen würden. Dies erfordere, so Heusinger, neue operative Überlegungen. Vgl. Christian Greiner, General Adolf Heusinger (1897–1982): Operatives Denken und Planen 1948 bis 1956, in: Operatives Denken und Handeln in deutschen Streitkräften im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Herford/Bonn 1988, S. 225–261, hier S. 247 f., 250 f., 260.

153 Grotewohl hatte am 12. 8. 1955 in einer Regierungserklärung vor der Volkskammer Bereitschaft bekundet, „zu jedem Zeitpunkt mit den entsprechenden Instanzen Westdeutschlands zur Lösung dieser Fragen [der Wiedervereinigung] in Verhandlungen zu treten oder über andere Vorschläge zu beraten". Wortlaut in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. III. Vom 22. Mai 1955 bis zum 30. Juni 1956, hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin 1956, S. 25–41, hier S. 37. Am 18. 1. 1956 forderte Grotewohl in einem Bericht an die Volkskammer, daß „beide Teile Deutschlands" in einer Vereinbarung auf die Anwendung von Gewalt und „auf die Herstellung von Atomwaffen" verzichten. Wortlaut S. 430–447, hier S. 437. Die

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Bundesrepublik ist auf den Vorschlag Grotewohls nicht eingegangen. F. [Puschkin] fragt, ob jetzt Bedingungen vorhanden seien, um eine Verständigung in diesen Fragen zu erreichen.

K. [Schäffer] antwortet, daß die Vorschläge Grotewohls nicht aufgegriffen wurden, weil die Regierung der Bundesrepublik nicht mit der Regierung Grotewohl verhandeln könne. Ob das nun klug oder dumm sei, darüber solle man jetzt nicht streiten, man könne nur die Tatsachen konstatieren. Gegenwärtig wird jedes Auftreten Grotewohls mit Vorschlägen von der Bevölkerung der Bundesrepublik als Bemühung um die Anerkennung betrachtet, unabhängig davon, ob es um die deutsche Schule, um die Entwicklung der deutschen Sprache oder um militärische Maßnahmen geht.

F. [Puschkin] bemerkt, daß dies eine formale Fragestellung sei.

K. [Schäffer] sagt, daß auch die formalen Dinge manchmal zu Tatsachen werden. Dabei stellt er fest, daß ein einzelnes Mitglied der Regierung nicht mit einem Standpunkt auftreten könne, der nicht von der Mehrheit des Kabinetts unterstützt wird. Ferner betont er, daß man bei einem realen Herangehen an die Dinge zwei Wege zur Wiedervereinigung nennen könne. Der eine Weg, das seien Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion über Deutschland. Man habe jedoch keinen Grund zu der Hoffnung, daß die Sowjetunion auf solche Verhandlungen eingeht.

F. [Puschkin] sagt, daß auch er keinen Grund für solche Hoffnungen sehe.

K. [Schäffer] fährt fort, der andere Weg, das seien Verhandlungen zwischen bevollmächtigten Vertretern der Regierungen West- und Ostdeutschlands, um die Atmosphäre zu bereinigen und den Boden für offizielle Verhandlungen vorzubereiten. Zwei Personen könnten als geheime Bevollmächtigte ihrer Regierungen das Risiko auf sich nehmen und Verhandlungen führen, um im Falle, daß diese Verhandlungen den Regierungen nicht genehm werden sollten, auf sie zu verzichten.

F. [Puschkin] sagt, er könne sich nicht darüber auslassen, ob die Regierung der DDR diesen vorgeschlagenen Verhandlungen zustimmen wird. Die Regierung der DDR werde offenbar selbst auf diese Frage antworten. Vielleicht sei der vorgeschlagene Schritt auch von Bedeutung, aber man müsse die Meinung der Regierung der DDR kennen. Wenn man aber offen sprechen wolle, so würden entsprechende Maßnahmen der Bundesrepublik auf der Linie der Minderung der Spannungen in Deutschland zweifellos einen bestimmten Beitrag zur Annäherung zwischen der DDR und der Bundesrepublik leisten.

K. [Schäffer] sagt, von den Regierungen bevollmächtigte Personen, die sich geheim treffen und Meinungen austauschen, könnten auch die Frage erörtern, inwieweit es möglich ist, Maßnahmen zur Minderung der Spannungen durchzuführen.

F. [Puschkin] fragt sich, wie sich die Westmächte zu solchen Verhandlungen verhalten würden.

K. [Schäffer] antwortet, daß er die Verhandlungen als besondere Vertrauensperson des Chefs der Regierung führe. Würden diese Verhandlungen ein Ziel erreichen, das der Kanzler billigen kann, so werde er (d. h. der Kanzler) dann schon in seinem eigenen Namen diesen Standpunkt den Westmächten und der Weltöffentlichkeit vortragen.

F. [Puschkin] kehrt zur Frage nach den Wegen zur Wiedervereinigung zurück und bittet K. [Schäffer], seinen Standpunkt zu präzisieren, der bereits von M. [Müller] dargelegt wurde.

K. [Schäffer] erklärt: wenn man offen sprechen solle, so könne man seine Äußerung wahr-

---

Forderung wiederholte er in einer Regierungserklärung vor der Volkskammer am 29. 5. 1956. Wortlaut S. 116–143, hier S. 134.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

scheinlich nicht als Grundlage nehmen, weil die Zeit manches verändern kann. Seine persönliche Meinung sei es, daß die Wiedervereinigung ungefähr so erfolgen solle, wie sich die deutschen Länder zu Beginn des XIX. Jahrhunderts vereinigten. Damals begann es mit einer Zollunion[154], und dann werde Schritt für Schritt durch eine Annäherung die Vereinigung erreicht. Er meine, daß in erster Linie die Freiheit des persönlichen Verkehrs notwendig sei, die Möglichkeit, gegenseitig die Verhältnisse kennenzulernen. Das müßte noch ergänzt werden durch wirtschaftliche Beziehungen, bei denen Westdeutschland in erster Zeit die gebende Seite wäre. Politische und parteimäßige Gegensätze würden allmählich geglättet und nicht mehr so scharf hervortreten. Mit der Zeit könnte durch eine allgemeine Gesetzgebung in dieser Hinsicht ein einheitlicher Komplex geschaffen werden. Dafür seien natürlich Jahre erforderlich. Es sei jedoch wichtig, die Grundsätze und das Programm möglichst schnell festzulegen. Eine Bedingung wäre außerdem, daß von seiten der anderen Friedensgarantien für Deutschland gegeben würden. Er verfolge als Deutscher mit einem bitteren Gefühl die wachsende Entfremdung zwischen West- und Ostdeutschland. Die Jugend in Ostdeutschland wachse in einem neuen System auf, während die Jugend im Westen völlig anders erzogen werde. Und wenn sie über solche Themen wie die Wirtschaft, die staatliche Ordnung usw. miteinander sprechen, so würden sie einander schon nicht mehr verstehen. Man müsse diese Entfremdung überwinden und über das gegenseitige Verständnis zur Verständigung gelangen.

F. [Puschkin] macht den Einwurf, daß man auf den politischen Kurs verzichten müsse, der heute in Westdeutschland gesteuert wird.

K. [Schäffer] fragt, was das heiße, auf den Kurs verzichten. Wenn es darum gehe, daß er sich von seinen religiösen Überzeugungen lossagen soll[e], so sei er nicht bereit das zu tun.

F. [Puschkin] entgegnet, daß es überhaupt nicht um religiöse Überzeugungen gehe. Niemand verlange, daß man sich von ihnen lossagen soll. Es gehe darum, daß man insbesondere auf die Militarisierung Westdeutschlands verzichte. Es sei wirklich schwer, manche der in Westdeutschland durchgeführten Maßnahmen zu begreifen. Solche Maßnahmen wie die Einstellung der SS-Offiziere in die Armee könne man nur als Herausforderung der Öffentlichkeit bewerten. Es sei die Frage erlaubt, warum die Kommunistische Partei in Westdeutschland verboten wird[155]. Sie besteht in fast allen Ländern Europas, nur in Westdeutschland ist sie verboten. Warum will die Bonner Regierung unbedingt den Hitlerstaat nachahmen? Hitler hat ebenfalls damit begonnen. Selbst die Freunde Westdeutschlands sagen, daß es in der Bundesrepublik etwas anrüchig zugehe.

K. [Schäffer] sagt, daß 1953 in Westdeutschland eine reaktionäre nationalistische Partei bestanden habe (gemeint ist die sogenannte Sozialistische Reichspartei). Damals sei ein Beschluß über die Auflösung und das Verbot dieser Partei gefaßt worden, mit der Begründung, daß ihre Ziele verfassungswidrig gewesen seien[156]. Damals war auch die Frage gestellt wor-

---

[154] Der am 1. 1. 1834 in Kraft getretene Vertrag über den Deutschen Zollverein beabsichtigte die handelspolitische Einigung der deutschen Bundesstaaten zur Schaffung einer deutschen Wirtschaftseinheit. Ihm schlossen sich in der Folgezeit weitere deutsche Bundesstaaten an.

[155] Gegen die KPD war vom 24. 11. 1954 bis 14. 7. 1955 vor dem Bundesverfassungsgericht ein Prozeß durchgeführt worden. In dem am 17. 8. 1956 ergangenen Urteil wurde die Partei für verfassungswidrig erklärt, ihre Auflösung verfügt, das Vermögen eingezogen und die Gründung von Ersatzorganisationen verboten. Gerd Pfeiffer/Hans-Georg Strickert (Hrsg.), KPD-Prozeß, 3 Bde., Karlsruhe 1955–1956, hier insbes. Bd. 3, S. 581–746.

[156] Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Urteil am 23. 10. 1952 die SRP für verfassungswidrig erklärt, die Partei aufgelöst und verboten, eine Ersatzorganisation zu gründen. Otto Büsch/Peter

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den, daß es auch im Programm der KPD Thesen gäbe, die der verfassungsmäßigen Ordnung widersprechen[157], und ob deshalb das gerichtliche Verbot nicht auf die KPD ausgedehnt werden solle[158]. Diese Sache zog sich dreieinhalb Jahre lang hin. Die Klage gegen die KPD habe man nicht zurücknehmen können. Das Gericht habe eine Entscheidung fällen müssen und habe das auch getan. K. [Schäffer] erklärt ferner, wäre er der Führer der Kommunistischen Partei in Deutschland, so würde er eine neue Partei aufmachen und alle jene Punkte aus dem Parteiprogramm streichen, die dem Grundgesetz widersprechen.

Auf die Beteiligung Westdeutschlands an militärischen Blocks eingehend, sagt K. [Schäffer], Westdeutschland habe als begrenztes Land seine Beziehung zu den Besatzungsmächten so gestalten müssen, daß es in Verhandlungen mit ihnen stand, die es dann 1955 ermöglichten, sich frei zu machen. Damals habe es sich vorübergehend an die Westmächte gebunden. Im Vertrag sei ein Punkt enthalten, daß im Falle der Wiedervereinigung völlig frei der Weg gewählt werden könne, den das wiedervereinigte Deutschland geht[159].

F. [Puschkin] sagt, Genf[160] habe gezeigt, daß die Westmächte keinen Zweifel daran hegen, Westdeutschland durch den Block für immer an sich gebunden zu haben.

K. [Schäffer] beruft sich erneut auf die Klausel im Vertrag und erklärt, wenn die Möglichkeit bestehe, Deutschland um den Preis des Verzichts auf die bindenden Abkommen zu vereinigen, so würden 80 Prozent der Bevölkerung einen solchen Vorschlag mit Begeisterung aufnehmen.

F. [Puschkin] entgegnet, wenn man das Volk gefragt hätte, als man über den Eintritt Westdeutschlands in die NATO und in die Westeuropäische Union verhandelte, so würden sich 90 Prozent dagegen ausgesprochen haben.

K. [Schäffer] versichert, daß das wiedervereinigte Deutschland weder dem westlichen noch dem östlichen Block angehören werde, was den Krieg verhindern würde, zumindest in Europa. Deutschland würde niemals wieder Großmacht sein. Aber es könne seine Rolle bei der Erhaltung des Friedens spielen. Es gäbe heute nur zwei Großmächte: Sowjetrußland und die USA. Andere Großmächte würde es nicht geben, wenigstens nicht für unsere Generation. Vielleicht würden in Zukunft Großmächte in Afrika oder Asien entstehen.

K. [Schäffer] fragt, ob die Sowjetunion mit dem Vorschlag einverstanden sei, vertrauliche Verhandlungen zu führen.

Furth, Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Studien über die „Sozialistische Reichspartei" (SRP), Berlin–Frankfurt/Main 1957.

157 In der Vorlage des Bundesinnenministeriums vom 11. 11. 1951 wurden die „inneren Grundsätze und die Ziele" der KPD dargelegt und auf die „Unvereinbarkeit der Verfassungswirklichkeit in der sowjetischen Besatzungszone mit den Verfassungsgrundsätzen der Bundesrepublik" sowie das verfassungswidrige Verhalten der Parteimitglieder hingewiesen. Wortlaut in: Pfeiffer/Strickert (Hrsg.), KPD-Prozeß, Bd. 1, S. 2–21.

158 Im Bundeskabinett wurden im Mai 1950 erstmals Diskussionen über ein Verbot von SRP und KPD angestellt. Vgl. Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 2 1950, bearb. von Ulrich Enders/Konrad Reiser, Boppard/Rhein 1984, S. 393. Das Bundeskabinett beschloß am 16. 11. 1951, beim Bundesverfassungsgericht die Klagen gegen die SRP und die KPD einzubringen. Zu den voraufgegangenen Überlegungen: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 4 1951, bearb. von Ursula Hüllbüsch, Boppard/Rhein 1988, S. 692, 698, 765 f.

159 Siehe Anm. 148.

160 Protokolle der Verhandlungen der Staats- und Regierungschefs Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten vom 18. bis 23. 7. 1955 in Genf, in: FRUS, 1955–1957 Vol. V, S. 361–535; DDF 1955, Annexes, Tome II (Juillet-Décembre), Paris 1988, S. 1–178.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

F. [Puschkin] antwortet, daß diese Frage mit der Regierung Grotewohls entschieden werden müsse.

K. [Schäffer] sagt, er möchte Klarheit in diese Frage bringen. Wenn dem deutschen Volk gesagt werde, daß die Möglichkeit besteht, mit Ostdeutschland einen Pakt abzuschließen, so werde das kein Interesse beim deutschen Volk finden. Wenn aber gesagt wird, daß die Möglichkeit zum Abschluß eines Vertrages bestehe, der von der Sowjetunion gebilligt wird und somit den Weltfrieden sichert, so könne man garantieren, daß dies von der Mehrheit des Volkes mit Enthusiasmus aufgenommen werde.

F. [Puschkin] sagt, die überhebliche Einstellung der führenden Kreise Westdeutschlands zur DDR sei gut bekannt. An dieser Überheblichkeit leide offenbar auch K. [Schäffer]. Die DDR werde sich aber trotz dieser Einstellung der herrschenden Kreise der Bundesrepublik sowohl politisch als auch wirtschaftlich entwickeln und festigen. Die DDR habe zuverlässige Freunde, da sie eine demokratische und friedliche Politik verfolge. Westdeutschland habe keine solchen Freunde wie die DDR. Die Freunde Westdeutschlands seien konjunkturbedingte Freunde. In diesem Sinne stehe die DDR auf einem festeren Boden. Das sei ein wichtiger Umstand, mit dem man rechnen müsse. Falsch sei die Behauptung, daß die Mitteilung über Verhandlungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik keinen Eindruck auf die Bevölkerung Westdeutschlands machen werde. Das deutsche Volk wünsche die Annäherung. Und die Partei, die in ihrem Wahlprogramm für Verhandlungen eintritt, werde einen großen Stimmenzuwachs erzielen. Es werden jetzt aktiv Kontakte zwischen den Organisationen der DDR und der Bundesrepublik hergestellt. Das sei kein Zufall, da die Annäherung vom Leben selbst auf die Tagesordnung gestellt werde. Die DDR befinde sich vorläufig aus mancherlei Gründen wirtschaftlich noch im Nachteil gegenüber der Bundesrepublik. Aber das sei eine vorübergehende Erscheinung. In der Frage der Einstellung zur DDR sei die Regierung der Bundesrepublik ein Opfer ihrer eigenen Propaganda geworden.

Über die gemachten Vorschläge müsse man mit der Regierung der DDR sprechen.

K. [Schäffer] sagt, daß die Bevollmächtigten, die die Verhandlungen führen werden, das Vertrauen hochgestellter Personen genießen müßten, und daß man sich in diesem Falle auf zwei, höchstens drei Vertreter beschränken könne. Diese Vertreter müßten die Überzeugung haben, daß keine der beiden Regierungen ein unehrliches Spiel treibt. Er werde bei den Verhandlungen von sich aus keinerlei Vorschläge machen, die nicht die Billigung des Kanzlers finden. Dabei würde weder in mündlichen noch schriftlichen Erklärungen der Name des Kanzlers erwähnt. Die andere Seite müsse ebenso handeln. Westdeutschland müsse überzeugt sein, daß die Vorschläge, die vom Bevollmächtigten der anderen Seite vorgebracht werden, die Billigung Sowjetrußlands finden.

F. [Puschkin] sagt, daß die Sowjetunion mit aller Bestimmtheit ihre Position dargelegt habe, indem sie erklärte, daß die Lösung der deutschen Frage unter den entstandenen Bedingungen nur auf dem Wege von Verhandlungen zwischen den Regierungen der DDR und der Bundesrepublik möglich sei. Die Sowjetunion könne lediglich dazu beitragen. Die Sowjetunion verbinde mit der DDR eine enge Freundschaft und ein Verhältnis des gegenseitigen Vertrauens. Alles, was der DDR in der deutschen Frage annehmbar erscheint, werde auch von der Sowjetunion akzeptiert. Die Verhandlungen müßten zwischen den beiden deutschen Regierungen geführt werden, nicht aber zwischen der Sowjetunion und Westdeutschland.

K. [Schäffer] präzisiert, er meine, daß die Vertrauenspersonen nicht im Namen der Regierungen sprechen werden.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

F. [Puschkin] entgegnet, daß er K. [Schäffer] verstanden habe, aber seine Formel vereinfachen wolle.

K. [Schäffer] wiederholt erneut, daß die Beauftragten in Ruhe die Verhandlungen führen könnten, die ihnen die Möglichkeit bieten werden, solche Ergebnisse zu erreichen, daß dann beide Regierungen einem Abkommen zuneigen und vor die Öffentlichkeit treten. Spätestens im Juli [1957] müßten irgendwelche Ergebnisse erreicht sein, da im September die Wahlen stattfinden. Die Regierung könne dann vor den Wahlen mit den Verhandlungsergebnissen offiziell vor das Volk treten.

F. [Puschkin] sagt, er könne lediglich dem Ministerpräsidenten Grotewohl den Inhalt der Aussprache übergeben.

K. [Schäffer] entgegnet, F. [Puschkin] könne das tun, ohne sich darauf zu berufen, daß dies mit Kenntnis von K. [Schäffer] geschieht.

Dokument 5[161]

21. Oktober 1958
Streng vertraulich!

An den
Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland
Bonn

Betr.: Pressemeldungen über sogenannte deutsche Konföderation in
a) Bonner Rundschau Nr. 244 vom 21. Oktober 1958[162],
b) Nachrichtenspiegel I des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 21. Oktober 1958[163]

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Zu den im Betreff genannten Meldungen darf ich unter Bezugnahme auf die heutige Unterredung folgendes feststellen:

Vor langer Zeit – meines Erinnerns im Jahre 1955 – habe ich nach vorheriger Rücksprache mit Ihnen einer Anregung aus der Ostzone, die an mich durch General Müller herangetragen war, entsprochen und bin zu dem Zweck einer vertraulichen Unterredung nach Ostberlin gefahren. Die Unterredung sollte stattfinden mit dem damaligen Botschafter der Sowjetunion in Berlin. Die Unterredung scheiterte, da sich in letzter Minute der russische Botschafter verleugnen ließ und ich nur zwei untergeordnete Herren der Botschaft in einem Haus am Rande Ostberlins traf, mit denen eine sachliche Unterredung zu führen ich mich weigerte. Herrn General Müller hatte ich von der Ergebnislosigkeit dieses Besuches verständigt. Daraufhin erhielt ich nach einiger Zeit ein dringendes Ersuchen, doch zum Zweck dieser Unterredung nach Berlin zu kommen, es habe sich um einen Irrtum gehandelt.

Im Einverständnis mit Ihnen nahm ich dann die Gelegenheit der zweiten Unterredung wahr. Als mir im Hause des Herrn General Müller mitgeteilt wurde, daß mich der Ministerpräsident Grotewohl sprechen wolle, habe ich das abgelehnt mit der Erklärung, daß ich nur die Absicht

[161] BA, NL Schäffer 168/43, Blatt 32, mit hs. Vermerk „ab durch Boten Kr. 21/10".
[162] Vgl. den Artikel „‚Die Idee kam im Gespräch mit einem Bonner Minister'".
[163] In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, S. 1 ff.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hätte, mit dem russischen Botschafter zu sprechen. Das Gespräch mit dem russischen Botschafter fand auch statt. Vereinbarungsgemäß habe ich dort lediglich den Vorschlag gemacht, es möchte die Bildung einer Nationalversammlung aus der Bevölkerung sowohl von Ost- wie auch Westdeutschland zugestanden werden zu dem Zweck, die Verfassungsgrundlagen für eine für ganz Deutschland geltende neue Verfassung zu entwerfen. Mein Vorschlag war dabei, die Einberufung dieser sogenannten Nationalversammlung noch um etwa ein Jahr zu verschieben, aber in diesem Jahr Vorbereitungszeit der Bevölkerung der beiden Teile Deutschlands volle Freiheit für die Werbung der Wahl der Mitglieder dieser Nationalversammlung gegenseitig zu geben. Besprechungen über den Inhalt der zu bildenden Verfassung habe ich selbstverständlich abgelehnt, da diese Verfassung nur aus dem Willen der Mitglieder der neuen Nationalversammlung geboren werden könne. Der russische Botschafter hat damals erklärt, er wolle mir Mitteilung zukommen lassen, ob es möglich sei, auf Grund dieses Vorschlags in offene, amtliche Verhandlungen einzutreten. Wie ihnen bereits mitgeteilt, erhielt ich nach einigen Wochen eine Mitteilung im Auftrag des russischen Botschafters, daß es der russischen Seite nicht möglich sei, auf Grund meines Vorschlags offene Verhandlungen zu billigen.

Ich stelle ausdrücklich fest, daß ich weitere Gespräche als die vorgenannten, die ich Ihnen seinerzeit bereits mitgeteilt habe, mit niemandem geführt und daß insbesondere die Frage der „Konföderation" dabei in keiner Weise berührt worden ist. Ich glaube feststellen zu können, daß der Gedanke der Konföderation damals noch von keiner Seite überhaupt in Vorschlag gebracht worden war.

Ich glaube, daß diese Angaben zur Klärung genügen. Ich stehe Ihnen selbstverständlich jederzeit zur weiteren Aufklärung zur Verfügung.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr
(Schäffer)

Dokument 6[164]

Berlin, den 13. Nov. 1958

Sehr geehrter Herr Dr. Schäffer!
Aus der Presse entnehme ich, daß über Ihre beiden Besuche im demokratischen Berlin vor 3 bzw. 2 Jahren und unsere damaligen Verhandlungen eine Lage entstanden ist, die wir beide klären müssen.
Der Herr Bundeskanzler war von Ihnen damals über Ihre Reisen und den Zweck unterrichtet. Nun übt er einen Zwang auf Sie aus, die Tatsachen zu dementieren.
Mein Eindruck ist weiter, daß er schon seit einiger Zeit versucht, Sie wegen dieser Besprechungen zu diskriminieren. Dies findet seinen Ausdruck darin, daß er gerade Sie zum Justizminister gemacht hat und jetzt durch Sie die Todesstrafe einführen lassen will[165].
Unsere Besprechungen vom 11. 6. 55 und 21. 10. 56 ergaben doch, daß weitere Gespräche

[164] BA, NL Schäffer 168/43, Blatt 34.

[165] Im Zuge der Diskussionen um die Strafrechtsreform war Schäffer für die Tilgung des Artikels 102 des Grundgesetzes, der die Abschaffung der Todesstrafe bestimmt, eingetreten. „Gespräch mit Bundesminister der Justiz Fritz Schäffer zum Thema Todesstrafe – ja oder nein?", Südwestfunk II am 30. 10. 1958, Wortlaut in: BPA, Pressearchiv, Biographisches Archiv, Fritz Schäffer, 30. 10. 1958.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durch beauftragte Regierungsvertreter folgen sollten, um die Kontakte in der Frage der Wiedervereinigung enger zu gestalten und wenigstens erste praktische Folgerungen zu erreichen.
Ich zweifle nach wie vor nicht, daß Ihre damalige Initiative von Ihnen persönlich sehr ernst und ehrlich gemeint war. Sie sind nunmehr, wie aus der Presse hervorgeht, durch den Gesinnungsdruck des Herrn Bundeskanzlers nicht in der Lage, sich frei zu äußern.
Ich bin überzeugt, daß Sie, wenn Sie auch weiterhin für die Konföderation als einen entscheidenden Schritt für die Wiedervereinigung eintreten, bei der Mehrheit aller Deutschen Verständnis und Zustimmung finden werden.
So wie die Dinge durch die Haltung des Herrn Bundeskanzlers jetzt gediehen sind, gilt es jetzt die volle Wahrheit darüber, wie es wirklich war, zu sagen.

Mit dem Ausdruck meiner
vorzüglichsten Hochachtung
[hs.] Vincenz Müller

Dokument 7[166]
Auszug aus der Stenographischen Niederschrift der 6. Sitzung des Bundesvorstandes der Christlich Demokratischen Union Deutschlands am Donnerstag, dem 27. November 1958

Bundeskanzler Dr. Adenauer:
Ich will Ihnen sagen, wie die Sache mit Herrn Schäffer verlaufen ist. Herr Schäffer kam eines Tages zu mir mit einem sehr geheimnisvollen Gesicht und sagte, er habe mir eine höchst wichtige Mitteilung zu machen. Der Vincenz Müller, der damals noch etwas zu bedeuten hatte als Kommandeur der Volkspolizei, habe Münchener Verwandte, und diese Münchener Verwandten hätten nun an Verwandte von Schäffer oder an Schäffer selbst – das weiß ich nicht mehr zu sagen – ausgerichtet, Herr Vincenz Müller ließe ihn dringend bitten, nach Berlin zu kommen, um mit den Russen zu verhandeln. Es gebe einen Weg der Verständigung. Darauf habe ich dem Herrn Schäffer gesagt: Herr Schäffer, glauben Sie bitte kein Wort davon. Das ist ja alles Unsinn. Die werden Sie nur in eine Falle hineinlocken, und Sie werden sehen, nachher sind Sie der Blamierte. Sie können nicht als Bundesminister dahingehen. – Das hat dann eine lange Aussprache zwischen Schäffer und mir ergeben. Herr Schäffer war ‚fast'[167] darauf eingeschworen, er müsse dahingehen. Als ich bei meinem Widerspruch blieb, sagte Herr Schäffer schließlich: Herr Bundeskanzler! Gut, aber Sie können mich nicht daran hindern, wenn ich auf eigenen Kopf dahingehe. Dann gehe ich eben auf eigenen Kopf dahin. –

Was hätte ich tun sollen? Hätte ich ihm sagen sollen: Herr Schäffer, dann müssen Sie Ihr Amt quittieren? – Legen Sie sich einmal die Frage vor, Herr Gradl[168], ob ich das hätte tun sollen, wenn Herr Schäffer dan[n] urbi et orbi erklärt hätte: Ich habe jetzt die Möglichkeit, eine aus-

[166] Archiv für Christlich Demokratische Politik, Sankt Augustin (ACDP), VII-001-007/6, 183 S., hier S. 121–124.
[167] Nicht korrigiert in „fest".
[168] Dr. Johann Baptist Gradl (1904–1988), 1953–1971 Mitglied des CDU-Bundesvorstands.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sichtsreiche Verbindung da herzustellen, aber der Bundeskanzler hat mich unter der Drohung, dann wirst du als Finanzminister entlassen, gezwungen, nicht dahin zu gehen.

(Dr. Gradl: Ich verstehe durchaus die Schwierigkeit!)

Hören Sie zu, wie die Sache weitergeht!

(Dr. Gradl: Das mußte dann kommen!)

Herr Schäffer ging hin, und dann war er der Blamierte bis über die Ohren; denn die Russen haben ihn überhaupt nicht empfangen. Es heißt, es seien ein paar junge Leute dagewesen, mit denen zu sprechen er sich aber geweigert habe. Dann ist er nochmals hingefahren. Davon, daß er in der Wohnung des Herrn Vincenz Müller gewesen ist, hat er mir kein Wort gesagt. Er hat mir gesagt, er habe sich mit dem Müller in einem Café getroffen[169]. Vincenz Müller hat gesagt – und Herr Schäffer hat das indirekt zugegeben –, er sei drei Stunden lang in dessen Wohnung gewesen.

Dann habe ich folgendes getan. Ich habe sofort, weil ich fest davon überzeugt war, daß heute oder morgen die Bombe platzen würde, Herrn Dulles ein Telegramm geschickt. Vorher hatte ich Herrn Globke gesagt, das und das hat sich abgespielt, bringen Sie das zu den Akten[170]. Man hat versucht, Herrn Schäffer in eine Falle zu locken; er ist Gott sei Dank der Falle entgangen.

(Heiterkeit.)

Sie freuen sich darüber! Aber damit hatte ich ein Alibi für die Bundesregierung, ohne schließlich Herrn Schäffer zu sehr preiszugeben. Und dann höre ich nach einiger Zeit, daß Herr Schäffer seinen engeren bayerischen Freunden die ganze Geschichte brühwarm erzählt hat.

(Zuruf: Nicht allen! – Weiterer Zuruf: 56!)

Das ist nun die Situation. Herr Gradl, ich bin Ihnen dankbar, daß Sie es hier zur Sprache gebracht haben und nicht morgen im Parteiausschuß. Ich bin auch in München gebeten worden, den Namen Schäffer in meiner Rede[171] nicht zu erwähnen. Ich habe ihn auch nicht erwähnt; denn in München ist man natürlich auch sehr unglücklich über diese ganze Sache. Ich war auch sehr unglücklich darüber und habe jeden Tag – schon lange vorher – die Katastrophe erwartet.

Sie sehen hier wieder das gerissene Zusammenspiel der Russen mit ihrem Ulbricht, daß der jetzt in diesem Augenblick vor der Wahl in Bayern[172] mit dieser Sache herausgekommen ist, um dort Unruhe zu stiften. Sagen Sie bitte den Herren, die Sie fragen, folgendes:

1) das, was ich Ihnen gesagt habe,

2) daß ich aus den Erklärungen des Herrn Schäffer manches gehört habe, was ich vorher nicht wußte.

(Dr. Krone: Zum Teil ist es neu hinzugefügt worden durch Herrn Ulbricht!)

Ja, Herr Ulbricht hat auch Neues hinzugefügt. Ich bin für Herrn Schäffer neulich auf dem Verein der Unionspresse sehr kräftig eingetreten[173] und habe da einem Besitzer einer CDU-Zeitung gesagt, wenn jetzt Fotografien von Herrn Schäffer in irgendeiner Situation aus Berlin

---

[169] Gemeint ist das Treffen am 11.6. 1955 in Ost-Berlin.

[170] Vermutlich gemeint: Aufzeichnung vom 30.6. 1955. Vgl. Dokument 3.

[171] Original der Rede Adenauers auf einer CSU-Versammlung in München am 21.11. 1958, in: StBKAH 02.18.

[172] Gemeint: die Wahl zum 4. Landtag von Bayern am 23.11. 1958.

[173] Vgl. „Adenauer und die Exkursion Schäffers", in: „Neue Zürcher Zeitung"; „Bundeskanzler billigte Schäffers Ostgespräche nicht", in: „Die Welt", beide vom 17.11. 1958.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kommen, dann glauben Sie das nicht, denn Sie wissen doch, wie man Fotomontagen macht. Und wenn Sie etwas vom Tonband bekommen, glauben Sie es nicht, Sie wissen doch, wie man Bänder macht! –

(Heiterkeit.)

Haben Sie etwas dagegen, meine Herren, daß ich das gesagt habe? Sie werden mich doch verstehen, daß man da etwas vorbaut. Ich weiß nicht, was noch kommen wird. Ich bin im Grunde genommen davon überzeugt, daß die Gespräche in den drei Stunden, die Schäffer bei Vincenz Müller gewesen ist, vom Band aufgenommen worden sind. Aber man kann Bänder fälschen. Und wenn etwas kommt, ist das ein gefälschtes Band. Das müssen Sie auch einsehen. Deswegen meine ich, wir wollen über die außenpolitische Aktion des Herrn Schäffer schweigen. Sie war nicht erfolgreich, weder für den einen noch für den anderen. Wir wollen also darüber schweigen. Das ist das beste, was wir tun können.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte